



IM INTERESSE DER JUGEND

BERICHT DES VORSTANDES 2017-2018





Lisi Maier, Vorsitzende

Deutsch-Polnische Zusammenarbeit · Deutsch-Ukrainische Zusammenarbeit · Förderpolitik · Internationale Jugendpolitik · Jugendarbeit · Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) · Kinderschutz und Prävention · Politische Strategie · Strukturen der Jugendarbeit



Tobias Köck, Vorsitzender

Albanien und Westbalkan · Demokratie und Wahlrecht · Deutsch-Griechische Zusammenarbeit · Engagement und Ehrenamt · Europäische Förderpolitik · Europäische Jugendpolitik · EU-Jugendstrategie · Förderpolitik · Gute Jugendpolitik · Internationale Jugendpolitik (DNK) · Jugendbeteiligung · Medien- und Digitalpolitik



Daniela Broda

Gute Jugendpolitik · Inklusion · Jugendarbeit · Jugendforschung · Jugendreisen · Juleica · Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) · Kinderrechte · Kinderschutz und Prävention · Medien- und Digitalpolitik · Politische Strategie



Alma Kleen

Demokratie und Partizipation · Deutsch-Israelische Zusammenarbeit · Jugendcheck · Gute Jugendpolitik · Kinderrechte · Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) · Sozialpolitik/Jugendarmut



Jannis Pfendtner

Albanien und Westbalkan · Demokratie · Engagement und Ehrenamt · Europäische Jugendpolitik · EU-Jugendstrategie · Nachhaltigkeit/Klimapolitik



Christoph Röttgers

Deutsch-Französische Zusammenarbeit · Deutsch-Tschechische Zusammenarbeit · Europäische Jugendpolitik · EU-Jugendstrategie · Nachhaltigkeit/Klimapolitik



Matthias Schröder

Bildung (BaföG) · Demokratie · Deutsch-Israelische Zusammenarbeit · Gedenken und Erinnern · Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit · Jugendarbeit und Schule · Sozialpolitik



Hetav Tek

Aufenthaltsrecht und geflüchtete Jugendliche · Deutsch-Chinesische Zusammenarbeit · Deutsch-Russische Zusammenarbeit · Deutsch-Türkische Zusammenarbeit · Geschlechter-, Frauen- und Mädchenpolitik · Internationale Jugendpolitik · Interkulturelle Öffnung · Jugendbeteiligung · Migration und MJSO · Nordafrika · Politische Bildung/U18

IM INTERESSE DER JUGEND

BERICHT DES VORSTANDES 2017-2018



Glossar

AGJ	Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe
BICC	Benelux Islands Central Cooperation
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
DJHT	Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag
DJI	Deutsches Jugendinstitut
DSGVO	Datenschutz Grundverordnung
Juleica	Jugendleiter*innen-Card
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz (siehe auch SGB VIII)
KJP	Kinder- und Jugendplan
KJSG	Kinder- und Jugend Stärkungsgesetz
MJSO	Migrant*innenjugendselbstorganisation
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
SGB VIII	Achtes Buch Sozialgesetzbuch (auch Kinder- und Jugendhilfegesetz)
BKiSchG	Bundeskinderschutzgesetz
UMF	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Fotonachweise

Titel	Kevin Fuchs (CC-BY-NC-4.0)
Inhalt	DBJR (2), Michael Scholl (2, 6, 19, 33, 35), Fox (9), Yana Wernicke (12), Carina Fischer (23), Kristoffer Schwetje Photography (26), Matthias Schröder (30, 44), Viktoriya Traut (40)

Impressum

Im Interesse der Jugend – Bericht des Vorstandes 2017/2018

Herausgeber: Deutscher Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10178 Berlin
030. 400 40 400 | info@dbjr.de | www.dbjr.de

Verantwortlich: Clara Wengert, Geschäftsführerin

Redaktion: Carina Fischer, Michael Scholl

Mitarbeit: Jasmin-Marei Christen, Ann-Kathrin Fischer, Laura Gies, Jochen Rummenhüller, Tim Schrock, Ludwig Weigel, Christian Weis, Clara Wengert sowie der Vorstand

Layout & Satz: Michael Scholl

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

gedruckt auf 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem blauen Engel

Gefördert vom:



**Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend**

Berlin, September 2018

INHALT

BERICHT DES VORSTANDES	6
Vielfalt und Selbstbestimmung erhalten	7
Für eine starke Demokratie engagieren	8
Mitwirkung mit Wirkung umsetzen	11
Freiräume schaffen	13
Verlässliche Rahmenbedingungen erreichen	17
Gute Jugendpolitik gestalten	24
Für ein solidarisches Europa streiten	32
Internationale Arbeit stärken.....	35
Gut aufgestellt in die Zukunft gehen	42
 GREMIEN UND ARBEITSGRUPPEN.....	 45
 AUSSENVERTRETUNGEN.....	 47



BERICHT DES VORSTANDES

VIELFALT UND SELBSTBESTIMMUNG ERHALTEN

Liebe Freund*innen,

es ist wichtiger denn je, dass wir in Vielfalt vereint für unsere Demokratie und für unsere Werte eintreten. Aus Parlamenten heraus wird in Frage gestellt, wofür wir stehen: eine weltoffene, demokratische, gerechte und solidarische Gesellschaft. Der politische Diskurs ist sehr rau geworden, nationalistische Töne klingen unverhohlen, Solidarität und Grundrechte für alle Menschen in Deutschland werden in Frage gestellt – auch von Teilen der Bundesregierung.

Seit der Bundestagswahl arbeiten wir mit einem stark veränderten Parlament. Wir knüpfen neue Kontakte, wir werben für die Arbeit der Jugendverbände. Wir investierten viel Aufwand in zwei Regierungsbildungs-Prozesse: Erst in die langwierigen und turbulenten Verhandlungen von CDU, CSU, FDP sowie Bündnis90/Die Grünen, dann in die kurzen und wenig transparenten von CDU, CSU und SPD. Der Koalitionsvertrag bietet uns Möglichkeiten, Interessen junger Menschen einzubringen. Aber er birgt zugleich Risiken für unsere Arbeit, weil Freiheiten und Freiräume eingeschränkt werden, weil Selbstbestimmung und Selbstorganisation junger Menschen durch staatlich verzweckte und vordefinierte Bereiche bedrängt werden.

Wir arbeiten daran, Vielfalt und Selbstbestimmung zu erhalten und bekommen in unseren Gesprächen Unterstützung: von Bundespräsident Frank Walter Steinmeier zum Beispiel, von Bundesjugendministerin Franziska Giffey und von fast allen Bundestagsabgeordneten im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Ein konkretes Zeichen dieser Unterstützung ist die deutliche Erhöhung der Förderung für die Jugendverbandsarbeit in den Jahren 2018 bis 2020.

Wir sagen Danke: den Abgeordneten, die das durchgesetzt haben. Aber vor allem Euch in den Jugendverbänden, die mit dafür eintreten, dass Jugendverbandsarbeit vielfältig und lebendig bleibt, Spaß macht, Werte vermittelt, Demokratie erlebbar und die Welt besser macht. Denn das ist wichtiger denn je!

FÜR EINE STARKE DEMOKRATIE ENGAGIEREN

Der Diskurs in Parlamenten, in Medien und auf der Straße rutscht in eine nationalistische, fremdenfeindliche, rassistische und damit in eine demokratiefeindliche Richtung. Dabei werden diese Positionen zunehmend salonfähig und es tritt ein Normalisierungsprozess ein. Wir halten dagegen. Wir streiten für eine lebendige Demokratie. Wir stehen in der Verantwortung, uns den Demokratiefeinden entgegenzustellen – im persönlichen Umfeld ebenso wie im öffentlichen Raum.

Demokratie wird in Jugendverbänden tagtäglich auf einer Basis gelebt, die jede*n Einzelne*n unmittelbar in eine Entscheidung einbezieht. Sie ist in den Jugendverbänden breit angelegt und unmittelbar. Wir nennen uns deswegen Werkstätten der Demokratie und engagieren uns mit Kindern und Jugendlichen sowie im Interesse dieser jungen Menschen für eine starke Demokratie.

Ein wichtiges Element einer demokratischen Gesellschaft sind Wahlen. Wir fordern, dass Jugendliche ab 14 Jahren wählen sollen. Weil sie es können. Für ein frühes Wahlalter haben wir gute Argumente zusammengestellt: go.dbjr.de/wahlalter. Die Vollversammlung 2017 hat darüber hinaus beschlossen, dass Wählen in Deutschland auch ohne deutschen Pass möglich sein soll. Wir fordern, dass das Wahlrecht auf Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalebene an den Lebensmittelpunkt und nicht einzig an den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft geknüpft wird.

Bürger*innen aus Heidelberg und die AfD Thüringen haben gegen das Wahlrecht für junge Menschen ab 16 beim Verwaltungsgericht bzw. Thüringer Verfassungsgerichtshof geklagt. Die Klage aus Baden-Württemberg wurde inzwischen durch das Bundesverwaltungsgericht endgültig abgelehnt; die Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichtshof erfolgt noch. Einen Eilantrag, die 16- und 17-Jährigen von der Thüringer Kommunalwahl im Mai 2018 auszuschließen, lehnte der Thüringer Verfassungsgerichtshof jedoch ab. Beide Gerichte bestätigten damit die Auffassung, dass Landesparlamente im Rahmen des Grundgesetzes das Wahlalter auf 16 festlegen dürfen.

Apropos: Nicht nur beim Wahlrecht, sondern auch bei anderen Belangen der Jugendverbands- sowie Jugendringarbeit geht die AfD auf Bundes-, Landes sowie Kommunalerebene mit parlamentarischen Anfragen, Redebeiträge oder Pressemeldungen gegen unsere Arbeit vor. Wir haben uns

bereits im Hauptausschuss vom September 2016 mit dem Beschluss „Rechtspopulist*innen entgegentreten – zum Umgang der Jugendverbände und -ringe mit der AfD“ sowie mit unserer Position vom Hauptausschuss im Mai 2017 „Jugendverbände – In Vielfalt vereint“ klar gegen die Anfeindungen durch Rechtspopulist*innen geäußert. Weiter setzen wir beim Umgang mit der AfD und gleichartigen Parteien auf einen kritischen politischen Umgang. Wir stellen klar fest, dass die Positionen der AfD unseren Werten und Zielen unvereinbar gegenüberstehen. Sie widersprechen nicht nur unserer Wertebasis, sondern folgen häufig auch völkischen Argumentationslogiken und verlassen den Boden der demokratischen Grundordnung. In ihren Anfragen und Veröffentlichungen stellt die AfD immer wieder die Legitimation und staatliche Förderung unserer Mitgliedsorganisationen sowie die Mitwirkungsrechte von jungen Menschen in Frage. Nur weil der entsprechende Jugendverband

*Unsere Positionen
zu nationalistischen,
rassistischen und
fremdenfeindlichen Parteien:*

*„Rechtspopulist*innen entgegentreten
– zum Umgang der Jugendverbände
und -ringe mit der AfD“*

*„Jugendverbände – In Vielfalt
vereint“*

eine bestimmte Wertebasis hat oder der Jugendring den Kanon der verbandsübergreifenden Werte wie Pluralität, Demokratie und Freiheit entschieden und auch gegen Widerstände vertritt und lebt. Diesen Tendenzen stellen wir uns in all ihrer Vielfalt vereint und solidarisch entgegen.

Gemeinsam mit IDA e.V. sammeln und dokumentieren wir die Aktivitäten der AfD gegen Jugendringe und Jugendverbände. Wir stellen die Ergebnisse und die Erfahrungen den Jugendringen und -verbänden zur Verfügung. Wir beraten und unterstützen darüber hinaus unsere Mitglieder bei Konflikten und beim Umgang mit der AfD und gleichartigen Parteien bzw. Organisationen. Zum Beispiel bei möglichen Unsicherheiten bei Fragen zur Förderung und zum Neutralitätsgebot. Wir stehen dabei weiter zu unserer Beschlusslage, dass wir den Umgang mit der AfD ablehnen und ermutigen unsere Mitgliedsorganisationen dazu, an der Haltung festzuhalten.

Die AfD und ihre Sympathisant*innen stehen für eine Entwicklung in Deutschland, Europa und weltweit: Sie unterstützen und tolerieren rassistische Übergriffe, antidemokratische Demonstrationen und entsprechende politische Aktivitäten, die allesamt massiv zunehmen. Es entsteht ein gesellschaftliches Klima, das von Intoleranz, Ausgrenzung, Autorität und Demokratiefeindlichkeit geprägt ist. Wir setzen uns weiter mit dem Thema Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auseinander. Anknüpfend an unseren Fachtag „Rassismus – Ein Problem der Mitte der Gesellschaft“ vom Oktober 2017 haben wir in der Vollversammlung 2017 die Position „Rassismus entgegentreten – Jugendverbände für ein solidarisches Miteinander“ [go.dbjr.de/2017rassismus] beschlossen. Wir stehen für antirassistische, diversitätsbewusste politische Arbeit. Wir zeigen Haltung für Demokratie, Vielfalt und Menschenfreundlichkeit sowie für Würde und Gleichheit aller Menschen. Rassismus muss als strukturelles Problem und Hindernis für ein gelungenes Zusammenleben durch politisch Verantwortliche deutlich ernster genommen werden.

U18-Wahl. Bitte ernst nehmen. Danke.

Politische Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für eine stabile Demokratie. Sie ist daher auch zentraler Bestandteil der Jugendverbandsarbeit. Junge Menschen in Jugendverbänden erfahren durch demokratische Mitbestimmung und Auseinandersetzung, durch Selbstbestimmung und -gestaltung, was es heißt, in einer Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Im besten Fall wirken Jugendverbände direkt an der demokratischen Gestaltung des Gemeinwesens und der Lebenslage von Jugendlichen mit. Jugendverbandsarbeit steht für politische Bildung, die von jungen Menschen selbst gestaltet und weiterentwickelt wird – durch Ausprobieren und Mitmachen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Form politischer Bildung à la Jugendverband stärker anerkannt wird. Mit dem Projekt Kinder- und Jugendwahl U18 wird selbstorganisierte politische Bildung in einer konkreten Aktionsform vor Ort umgesetzt.



Die U18-Bundestagswahl 2017 war mit zahlreichen Veranstaltungen, über 1.500 U18-Wahllokalen in ganz Deutschland, Landeskoordinierenden in allen Bundesländern, fast 220.000 gültigen Stimmabgaben und großem Medieninteresse ein großer Erfolg. Junge Themen wurden auch dank U18 öffentlich diskutiert, Kinder und Jugendliche beschäftigten sich im Rahmen des Projekts umfassend mit der Wahl, mit Parteien und mit aktueller Politik. Sie entwickelten dazu eine Haltung und Wissen.

Zur Europawahl im Mai 2019 haben wir erneut die Bundeskoordinierung der U18-Wahl übernommen. Damit setzen wir einen entsprechenden Antrag und Beschluss des Hauptausschusses um, U18 zu verstetigen und weiterzuentwickeln. Ziel ist, im Jahr 2019 eine neue technische Basis mit einer „Wahlsoftware“ für U18 zu schaffen.

Entwicklungen in der Stiftung Jugend macht Demokratie

Im Hauptausschuss im September 2017 wurde das Kuratorium der Stiftung Jugend macht Demokratie neu besetzt. Eine erste Sitzung fand daraufhin im Januar 2017 statt. Hauptthemen dieser Sitzung waren die Ideensammlung für Aktivitäten und das Erschließen von Finanzierungsquellen. Aufgrund der aktuellen Zinssituation müssen für den Erhalt der Stiftung neue Wege beschritten werden. Erste Ideen sollen nun von der Geschäftsstelle weiterverfolgt werden und nach einer Auswertung die Entscheidung getroffen werden, ob die Stiftung mit neuem Inhalt weitergeführt werden soll oder nicht.

MITWIRKUNG MIT WIRKUNG UMSETZEN

Partizipation ist Teil des Selbstverständnisses der Jugendverbände und -ringe. In diesem Feld haben wir viel praktische Erfahrung, fachliche Expertise, politische Forderungen und vor allem gelebte Vielfalt. Uns ist besonders wichtig, dass Beteiligung im öffentlichen Diskurs und in der politischen Praxis nicht zum Selbstzweck wird. Wir machen uns dafür stark, dass junge Menschen ernsthaft, auf Augenhöhe und wirkungsvoll beteiligt werden. Die Beteiligung junger Menschen an politischen Gestaltungsprozessen erfährt zwar in der deutschen wie europäischen Politik sowie der Kinder- und Jugendhilfe eine zunehmende Bedeutung. Jedoch spiegelt sich diese häufig nicht in der Wirklichkeit wider. Viele unserer Forderungen zu wirksamer Jugendbeteiligung haben deshalb leider noch nichts von ihrer Aktualität verloren.

Werkstatt MitWirkung

Da sich neben dem allgemeinen politischen Interesse auch die Methoden, Formate und Rahmenbedingungen von Jugendbeteiligung weiterentwickelten, haben wir dies zum Anlass genommen, uns im Rahmen der Werkstatt MitWirkung mit unterschiedlichen Aspekten von und Fragestellungen zu Jugendbeteiligung auseinanderzusetzen. Dabei beschäftigten wir uns gemeinsam mit Fachkräften und Praktiker*innen der Jugendbeteiligung mit der vielfältigen Praxis, überprüften die eigenen Ansprüche und Konzepte, diskutierten aktuelle Herausforderungen und machten uns daran, neue Ansätze und Forderungen zum Thema Jugendbeteiligung zu erarbeiten.

Im Rahmen der Workshopreihe „DiskursWerkstatt – Jugendbeteiligung gemeinsam weiterdenken“ fanden dazu vier Veranstaltungen statt. Schwerpunktthemen waren die Rolle von Jugendverbänden und -ringen im Kontext von Jugendbeteiligung, die Vielfalt und Zukunft von Jugendbeteiligung, die Frage, inwieweit Jugendbeteiligungsprozesse eher auf Zuhören statt auf Fragen setzen sollten, und die Rolle von Sprache im Kontext von Jugendbeteiligung. Ein Workshop im September 2018 beschließt die Veranstaltungsreihe. Er hat das Ziel, die zuvor erarbeiteten Aspekte und Forderungen weiter zu konkretisieren und mit Verantwortlichen aus Verwaltung und Politik zu diskutieren.

Mit der Werkstatt MitWirkung unterstützten wir zudem die Information und Qualifizierung zum Themenfeld Jugendbeteiligung: Neben der Durchführung eines Trainings zum Konzept von Einfacher Sprache und von Qualifizierungstreffen für Multiplikator*innen entstanden vielfältige Materialien. Diese setzten bewusst auf eine Vielfalt von Formaten und Formen, um die Ansprache unterschiedlicher Zielgruppen auf verschiedenen Ebenen und in vielfältigen Kontexten zu ermöglichen. Dazu zählen unter anderem Illustrationen zu unterschiedlichen Aspekten von Jugendbeteiligung im Graphic-Recording-Stil, Symbolfotos zu Jugendbeteiligung, Texte zu Jugendbeteiligung im Audioformat, verschiedene Flyer sowie ein Set von Infobannern mit Begleitheft, das als Ausstellung eingesetzt und ausgeliehen werden kann. Parallel dazu wurde die Website mitwirkung.dbjr.de aufgebaut, die Informationen und Praxishilfen rund um das Thema Jugendbeteiligung bereitstellt.

#JungeThemen

Ein zentraler Aspekt von Jugendbeteiligung ist das Follow-up, also der Umgang mit den Vorschlägen und Forderungen junger Menschen. Der DBJR führte in den letzten Jahren Beteiligungsrunden zu vielfältigen Themen durch. Als Ergebnis kam dabei eine ganze Bandbreite von Positionen zu (jugend-)politischen

Themen zusammen, die nicht repräsentativ oder umfassend sind, aber wichtige Schlaglichter auf die Ansichten junger Menschen in Deutschland werfen: von Ausbildung bis Vielfalt, von Europa bis Umweltschutz. Unter dem Stichwort #JungeThemen wurden die Ergebnisse der Beteiligungsrounds zu bislang 13 Themenbereichen zusammengefasst und stehen auf der Website mitwirkung.dbjr.de zur Verfügung. Für eine Auswahl dieser Themen konzipierte die Werkstatt MitWirkung in Kooperation mit dem BMFSFJ sogenannte Follow-up-Dialoge, um die Wirkung der bisherigen Jugendbeteiligung noch einmal zu verstärken und damit gleichzeitig einen Beitrag zur Jugendstrategie des BMFSFJ zu leisten. Die Umsetzung ist für den Herbst 2018 vorgesehen.

Durch die Förderung von Aktivitäten im Kontext Jugendbeteiligung trugen wir dazu bei, dass Träger auf lokaler und regionaler Ebene neue Wege und Ansätze praktisch erproben konnten. Ihre Erkenntnisse flossen in die Arbeit der Werkstatt MitWirkung ein. Zudem brachten wir unsere Expertise bei Workshops, Fachtagungen und Konferenzen ein und berieten auf Anfrage verschiedene Träger zu Fragen von Jugendbeteiligung.

Mit „du »EUROPA« wir“ starteten wir im Sommer 2017 einen Jugendbeteiligungsprozess. Dessen Ergebnisse fließen in die Entwicklung der neuen EU-Jugendstrategie 2019-2027 ein und sollen auch bei der Weiterentwicklung der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ zur Jugendstrategie der Bundesregierung berücksichtigt werden. Der Prozess besteht aus mehreren aufeinander aufbauenden Phasen. Bei der Durchführung setzten wir auf eine Kombination von Diskussionsveranstaltungen und Workshops vor Ort, Online-Beteiligung und die Auswertung von Ergebnissen aus Aktivitäten von und mit jungen Menschen. Unsere eigenen Aktivitäten wurden dabei durch das Team junger Multiplikator*innen im Strukturierten Dialog (jump-Team) sowie dezentralen Projekten des Strukturierten Dialogs ergänzt. Auf EU-Ebene entstanden aus den Ergebnissen aller EU-Mitgliedstaaten im April 2018 elf Youth Goals (Europäische Jugendziele). Bei der Dialogveranstaltung „JuPiD 2018 – Jugend und Politik im Dialog“ zogen wir im Juni 2018 ein Zwischenfazit und überlegten gemeinsam mit Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung, wie die Youth Goals konkretisiert werden könnten.

Strukturierter Dialog

Aus Beteiligungssicht lag zudem ein besonderes Augenmerk auf der Weiterentwicklung des Strukturierten Dialogs im Rahmen der neuen EU-Jugendstrategie. Gemeinsam mit der Nationalen Arbeitsgruppe entwickelten wir Empfehlungen für wirksame(re) Dialogprozesse und brachten sie in die politischen Diskussionen ein. Inwieweit sich die Ergebnisse von „du »EUROPA« wir“ sowie Empfehlungen der Nationalen Arbeitsgruppe in den politischen Prozessen auf EU-Ebene und in Deutschland wiederfinden werden, wird voraussichtlich erst Ende 2018 feststehen.



jugend.beteiligen.jetzt – für die Praxis digitaler Partizipation

Mit dem Projekt *jugend.beteiligen.jetzt* wollen wir gemeinsam mit IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) digitale Jugendbeteiligung voranbringen. Im Rahmen des Projekts betreuen und entwickeln wir als DBJR digitale Werkzeuge zur Jugendbeteiligung und für die Jugendarbeit weiter. Das Portfolio vergrößerte sich seit Projektstart und umfasst mittlerweile große und kleine Tools, wie zum Beispiel das ePartool, Antragsgrün, Yourpart.eu Etherpad und den Barcamptools-Server. Auf tooldoku.dbjr.de informieren wir über Tool-Neuigkeiten und damit verbundene Themen wie Datenschutz, Netz- und Digitalpolitik. Die gemeinsame Partnerplattform *jugend.beteiligen.jetzt* gibt weitere Hilfestellungen, Methoden und Praxisbeispiele für digitale Beteiligungsprojekte an die Hand. Ziel ist, nützliche und niedragschwellige Angebote zu machen, die im Alltag für Beteiligung genutzt werden können. Dabei werden auch neue Möglichkeiten wie Virtual und Augmented Reality aufgegriffen. Die Projektpartner konzentrieren sich auf Beratung und Qualifizierung sowie Vernetzung von Fachkräften.

FREIRÄUME SCHAFFEN

Junge Menschen brauchen Freiräume. Sie brauchen Räume ohne staatliche oder gesellschaftliche Vordefinitionen, in denen das Aufwachsen so wenig wie möglich von außen gesteuert oder normiert wird. In diesem Sinne machen wir uns für Freiräume stark – zeitlich, örtlich und gestalterisch. Für viele junge Menschen bieten gerade die Jugendverbände solche Freiräume – und dies unabhängig von ihrer Herkunft. Denn für uns sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in erster Linie eines: junge Menschen. Daher sehen wir in der interkulturellen Arbeit große Chancen.

Wir unterstützen diese Arbeit vor allem durch Vernetzung. Gemeinsam mit dem IDA e.V., der Deutschen Sportjugend und Vertreter*innen der Wissenschaft organisieren wir regelmäßig zweimal im Jahr das Treffen des Netzwerks Interkulturelle Jugendarbeit und -forschung (NiJaF). Ebenfalls zweimal jährlich treffen sich auch die zuständigen Referent*innen der Landesjugendringe in der AG Interkulturelle Öffnung. Auch wenn interkulturelle Arbeit inzwischen weitgehend im Alltag angekommen ist, gibt es immer wieder neue Herausforderungen. Nicht zuletzt die Angriffe durch rechtspopulistische Parteien oder Politiker*innen, die gerade diesen Teil der Arbeit der Jugendverbände und -ringe in Frage stellen [[→ Seite 8](#)].

Ein wesentlicher Teil der interkulturellen Arbeit sind Angebote für und mit jungen Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Armut nach Deutschland geflüchtet sind. Die Jugendverbände und -ringe haben sich von Anfang an auf den Weg gemacht und inzwischen vielfältige Erfahrungen gesammelt. Es ist unumstritten, dass die entsprechenden Angebote der Jugendverbände ein wichtiger Beitrag zu einer gelingenden Integration sind. In vielen Bundesländern gibt es entsprechende (Förder-)Programme, in die die jeweiligen Landesjugendringe eingebunden sind.

Auf Bundesebene spiegelt sich dies in den Themen der Förderung aus den Innovationsfonds des BMFSFJ [[→ Seite 25](#)]. Bis Herbst 2019 werden im Handlungsfeld Jugendverbandsarbeit vier Projekte von drei Mitgliedsorganisationen und einem Großstadtjugendring im Themenfeld „Zugang von Menschen mit Fluchthintergrund zur Jugendverbandsarbeit“ gefördert. Die Betreuung und Vernetzung erfolgt durch uns. Die Projekte stellten ihren Arbeitsstand und ihre Erfahrungen im Hauptausschuss im September 2018 vor.

Eine besondere Herausforderung bleibt, sich dem aktuellen politischen Diskurs und der polarisierenden öffentlichen Debatte entgegen zu stellen. Die kriminellen Taten einiger weniger Geflüchteter werden dabei gezielt genutzt, die ganze Gruppe der nach Deutschland geflüchteten jungen Menschen zu diffamieren. Ebenfalls werden dabei die in dem Zusammenhang erbrachten Leistungen und erzielten Erfolge der Kinder- und Jugendhilfe in Frage gestellt [→ Seite 20]. Daher haben wir zum Beispiel gemeinsam mit terre des hommes und dem Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) einen Appell veröffentlicht, der zu einer sachlichen und rechtebasierten Debatte aufruft und die Situation der Betroffenen in das Zentrum stellt.

Die Situation der Migrant*innen-Jugendselfstorganisationen (MJSO) bzw. Vereine junger Migrant*innen (VJM) bleibt sehr heterogen und nach wie vor herausfordernd. Auf allen föderalen Ebenen sind viele dieser Jugendverbände inzwischen etabliert. Sie sind Teil der Jugendarbeits- und Jugendhilfandschaft und werden nicht mehr nur unter dem Aspekt wahrgenommen, dass sich in ihnen viele junge Menschen mit Migrationshintergrund organisieren. Andere stehen jedoch vor spezifischen Herausforderungen. Dies trifft aktuell etwa auf muslimische Jugendorganisationen zu.

Freiräume für Engagement

Für Jugendverbände und -ringe ist ehrenamtliches Engagement mehr als ein Handlungsfeld von Jugendarbeit. Wie nur wenige gesellschaftliche Organisationsformen können Jugendverbände heute umfassendes institutionelles Lernen in und an der Praxis der Organisation vermitteln. Ehrenamtliches Engagement in Jugendverbänden ermöglicht den Erwerb sozialer Kompetenzen durch die Übernahme von Verantwortung und die gleichberechtigte Beteiligung an den Entscheidungen über die Gestaltung des Verbandes. Dies sind wesentliche biographische Faktoren in der Entwicklung der Persönlichkeit und stellen gleichzeitig eine Voraussetzung zur Übernahme der Rolle mündiger Bürger*innen in der demokratischen Gesellschaft dar.

Die Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements in der verbandlichen Jugendarbeit können sich nur entfalten und jungen Menschen erste ehrenamtliche Erfahrungen vermitteln, wenn die Voraussetzungen dazu günstig, wenn die notwendigen Freiräume vorhanden sind. Die beste Anerkennung ehrenamtlichen Engagements ist seine Ermöglichung. Der aktuellste Freiwilligensurvey zeigt deutlich, dass das regelmäßige ehrenamtliche Engagement als Grundlage ein verlässliches Zeitbudget erfordert. Wir fordern daher: eine maximal 35-Stunden-Woche für Schüler*innen und einen (verlässlich) freien Nachmittag pro Woche. Für Studierende Flexibilität, zum Beispiel durch ausreichend langfristig geplante Prüfungszeiten oder durch garantiert prüfungsfreie Zeiten. Eine möglichst verbindliche – auch stundenweise – Freistellung zum Beispiel vom Unterricht ist dazu ebenso wichtig wie der Sonderurlaub für Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, durch den nicht das Recht auf Bildungsurlaub beschnitten werden darf. Zur Sicherung des Ehrenamtes gehört ebenfalls eine flexible BAföG-Regelung, die auch eine Verlängerung der Regelstudienzeit durch ehrenamtliche Tätigkeit berücksichtigt. Auch wenn diese Tätigkeit außerhalb des Bereichs der Hochschule/Universität stattfindet. Ein Kriterium dafür könnte der Besitz einer Juleica sein. Diese und weitere konkrete Forderungen, wie beispielsweise ein gemeinsamer Sommerferienkorridor, wurden mit der Position „Ehrenamt anerkennen - Engagement fördern und würdigen!“ [go.dbjr.de/2017engagement] auf der Vollversammlung 2017 beschlossen. Diese war Leitfaden für entsprechende jugendpolitische Gespräche während der Regierungsbildung und darüber hinaus, so zum Beispiel im August 2018 mit Stefan Zierke, dem für ehrenamtliches Engagement zuständigen Parlamentarischen Staatssekretär im BMFSFJ.

Auch in den anstehenden jugendpolitischen Diskurs über die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung zu einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung [[→ Seite 18](#)] für Grundschul Kinder bringen wir unsere Aspekte ein: diese Angebote müssen so geplant werden, dass sich auch Jugendverbände mit ehrenamtlich gestalteten Angeboten einbringen können. Das bedeutet für uns auch, dass der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung auch für Angebote außerhalb des Nahraums Schule gilt. Dadurch erleben Kinder frühzeitig ehrenamtliches Engagement und finden einen Zugang dazu.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Bundesregierung an vielen Stellen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft in Arbeitsgruppen, Gremien sowie Beratungs- und Entscheidungsprozesse einbezieht. Leider fällt uns dabei zunehmend auf, dass die Bundesregierung die wesentliche Unterscheidung zwischen demokratisch legitimierten zivilgesellschaftlichen Strukturen und aus Eigeninteresse handelnden Stiftungen immer weniger berücksichtigt. Wir machen uns dafür stark hier (wieder) genauer hinzuschauen. Wir fragen: Wer soll warum eingebunden werden und wessen Interesse wird dadurch vertreten? Wir fordern: Die Prozesse müssen ergebnisoffen, effizient und demokratisch gestaltet sein. Es muss auch ehrenamtlichen Interessenvertreter*innen möglich sein, daran teilzuhaben. Dies gilt auch und gerade für die internationale Zusammenarbeit. Hier fordern wir, echte zivilgesellschaftliche Akteure in der internationalen Zusammenarbeit zu stärken und nicht zweifelhaft Stiftungen. Wir engagieren uns dafür, auch in anderen Ländern zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken (z. B. RADA, NYCU, PROM) [[→ Seite 35](#)].

Ganz klar: Jugendverbände sind ein wichtiger Teil der ehrenamtlichen Landschaft in Deutschland. Wir müssen daher bei allen Plänen und Vorhaben im Themenfeld Engagement mitgedacht werden. Wir fordern ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung der Weiterführung des Programmes Demokratie leben. Jugendverbände müssen (besser) an diesem Programm partizipieren. Ebenso sind Jugendverbände bei der Ausgestaltung und den Förderlinien einer möglichen Engagementstiftung maßgeblich zu beteiligen. Wir begrüßen dabei die Einbeziehung in die ersten Gespräche und werden uns weiter aktiv einbringen. Dennoch muss deutlich werden, dass diese Projektförderungsstrukturen immer nur als ergänzende Maßnahmen zu sehen sind. Sie können eine Infrastruktur für die Jugendverbandsarbeit und andere ehrenamtlich agierende Strukturen nicht ersetzen und sind überhaupt nur möglich, wenn zugleich Strukturen gestärkt werden.



Gesellschaftliche Rahmenbedingungen des Bürgerschaftlichen Engagements behalten wir im Blick. Zum Beispiel im Bündnis für Gemeinnützigkeit (BfG) oder im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Wir engagieren uns für Verbesserungen im Gemeinnützigkeitsrecht und für Entbürokratisierung.

JA zur bundesweiten Weiterentwicklung der Juleica

Seit vielen Jahren ist die Juleica der etablierte Nachweis für qualifiziertes Engagement in Jugendverbänden und -organisationen sowie anderen Bereichen der Jugendarbeit. Jährlich erhalten rund 32.000 junge Menschen vor allem aus Jugendverbänden die Juleica oder verlängern sie. Die Juleica steht für eine qualifizierte Ausbildung von Jugendleiter*innen, für eine Zusammenarbeit von Jugendverbänden und -ringen mit Jugendämtern. Sie basiert auf einer Vereinbarung aller Landesjugendministerien. Damit ist sie politisch anerkannt. Nach wie vor stellen wir das Antragsssystem bereit, das von über 45.000 freien und öffentlichen Trägern genutzt wird. Neben geplanten Neuerungen sichern wir das Ausstellen der Karten. Wir stehen Bundesländern und Trägern wie Antragsteller*innen als Ansprechpartner bei Problemen oder Fragen zur Verfügung. Wir koordinieren und unterstützen die Zusammenarbeit zwischen den Ländern, etwa bei der Konferenz der Landesjugendringe oder bei Treffen der Landeszentralstellen für die Juleica.

Fast 20 Jahre nach Einführung der Juleica und zehn Jahre nach Einführung des Online-Verfahrens muss durch die Weiterentwicklung der bundesweiten Rahmenbedingungen der Stellenwert der Juleica gesichert und weiter befördert werden. Durch den regelmäßigen Austausch mit allen Akteuren im System Juleica, die Rückmeldungen über die Juleica-Hotline beim DBJR, die Teilnahme an Fachveranstaltungen der Jugendverbände und -organisationen und nicht zuletzt durch unseren Juleica-Fachtag im Juni 2017 sind die vielfältigen Wünsche, Erwartungen und Notwendigkeiten bekannt. Dies haben die Mitgliedsorganisationen in ihrem einstimmigen Beschluss „JA zur bundesweiten Weiterentwicklung der Juleica bis 2019“ [go.dbjr.de/2017juleica] auf der Vollversammlung im Oktober 2017 bestätigt. Dabei soll die Weiterentwicklung der Juleica auf aktuelle Entwicklungen und Anforderungen in den Angeboten und Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit eingehen. Neue technische und kommunikative Möglichkeiten müssen genutzt und die Anforderung seitens der Nutzer*innen und der Verantwortlichen der Träger aufgegriffen werden. Gleichzeitig bedarf es einer politischen und kommunikativen Stärkung der Juleica. Im Mittelpunkt der Weiterentwicklung stehen daher das Antragsverfahren, die Qualitätskriterien und die Kommunikation/Sichtbarkeit der Juleica. Dementsprechend haben wir erfolgreich mit dem BMFSFJ über die Förderung eines Projektes zur Weiterentwicklung der Juleica verhandelt.

Das Inkrafttreten der DSGVO haben wir zum Anlass genommen, den Datenschutz im Juleica-Antragsverfahren zu überprüfen, zu verbessern und an die DSGVO anzupassen – auf technischer Ebene und durch Verbesserung der Transparenz gegenüber Antragstellenden und den Mitarbeitenden der Träger.

Inklusion – gelebte Praxis in den Verbänden

In der letzten Legislaturperiode wurden alle Diskussionen rund um das Thema Inklusion auf eine angestrebte gesetzliche Lösung (Inklusive Lösung/ Große Lösung) im SGB VIII konzentriert. Kinder- und Jugendarbeit kam dabei maximal am Rande vor. Aktuell ist sehr unwahrscheinlich, dass eine solche gesetzliche Lösung in dieser Legislaturperiode erreicht wird. Gleichzeitig wird Kinder- und Jugendarbeit mit inklusiven Ansätzen in der täglichen Arbeit vor Ort umgesetzt – gerade in Jugendverbänden. Das muss wahrgenommen und unterstützt werden, jenseits der Debatten über die gesetzlichen Lösungen. In den verschiedenen Arbeitszusammenhängen der Jugendverbände und -ringe wird Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit aktuell zunehmend thematisiert.

Unsere aktuellste Position zum Thema wurde 2013 von der 86. Vollversammlung beschlossen: „Inklusion – auch für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen!“ Darin stellen wir fest: Die Arbeit in den Jugendverbänden und Jugendringen mit Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung ist für uns in ihrem Ansatz selbstverständlich. Wir beschäftigen uns auch in unseren eigenen Strukturen mit einem inklusiven Ansatz für die Jugendverbandsarbeit. Auf Basis dieser Position haben wir uns in die fachpolitischen Debatten, vor allem um die Reform des SGB VIII eingebracht und uns dafür eingesetzt, dass bei den Ansätzen zur Inklusiven bzw. Großen Lösung auch das Handlungsfeld Kinder- und Jugendarbeit berücksichtigt wird.

Im Berichtszeitraum ist die Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V. an uns herangetreten und hat eine Zusammenarbeit im Themenbereich inklusive Kinder- und Jugendarbeit vorgeschlagen. Ziele der Zusammenarbeit sind insbesondere eine gemeinsame Fachtagung in 2019 sowie das Zusammenbringen von Aktiven und Interessierten aus dem Bereich der Lebenshilfe und der Jugendverbandsarbeit. Wir wollen uns verständigen über Werte, Haltungen, konzeptionelle Grundlagen, Rahmenbedingungen und Ziele im Hinblick auf eine inklusive Kinder- und Jugendarbeit. Die Identifikation von Gelingensbedingungen und

die Entwicklung entsprechender Ideen sowie das Anstoßen konzeptioneller und struktureller Weiterentwicklung im Hinblick auf inklusive Kinder- und Jugendarbeit vor Ort sollen durch die Zusammenarbeit entstehen. Nachdem viele Mitgliedsorganisationen konkrete Aktivitäten im und ihr Interesse am Thema sowie an der Mitwirkung an der Fachtagung signalisiert haben, haben wir die Durchführung einer solchen Veranstaltung im September 2019 in Berlin vereinbart. In die Konzeption und Absprache zum Fachtag wurden und werden interessierte Mitgliedsorganisationen eingebunden.

VERLÄSSLICHE RAHMENBEDINGUNGEN ERREICHEN

3 Millionen Euro mehr für die Jugendverbandsarbeit! Und ein Vermerk des Bundestags über die Verstetigung der Summe! Diese Nachricht kurz vor der Sommerpause und Zeltlagersaison machte deutlich, dass Bundestag und Regierung die Erfolge der Jugendverbandsarbeit wahrnehmen und ihrem Auftrag zur Stärkung der strukturellen Förderung der Jugendverbandsarbeit nachkommen.

Aufgrund der stetig steigenden Lohnkosten war eine Erhöhung für viele Verbände ein Muss, um ihre Arbeit nicht beschränken zu müssen. Uns gelang es damit aber auch, die geforderte Aufstockung der Projektpartner aus dem Projekt „Jugend 2014“ sowie der Mitgliedsorganisationen, die noch nicht auf die Grundförderung aufgestockt werden konnten, endlich durchzuführen.

Im Rahmen eines Gesprächs unseres Vorstands mit Jugendministerin Franziska Giffey, setzte diese ein deutliches Signal: 2,6 Millionen der 3 Millionen Euro werden den Jugendverbänden im DBJR zur Verfügung gestellt und verstetigt. Das ist damit die höchste Mittelenerhöhung für die Jugendverbandsarbeit seit über 15 Jahren. Damit konnten durch erfolgreiche Lobbyarbeit für die Jugendverbände bereits zum zweiten Mal in Folge auch in dieser Legislaturperiode eine deutliche Erhöhung des Programms 10.1. erreicht werden.

Für die KJP-Kommission waren im vergangenen Jahr die Frage der erfolgreichen Umsetzung der neuen KJP-Richtlinie und die Ergebnisse des ersten Jahres die bestimmenden Themen. So wurden durch die Geschäftsstelle alle Bewilligungsbescheide der Verbände geprüft und Unterschiede herausgearbeitet, Verbände in verschiedenen strukturellen Prozessen im Rahmen der Förderung der Eigenständigkeit begleitet sowie eine Gesamtevaluation des ersten Umsetzungszyklus erstellt. Eine Anpassung des dynamischen Verteilers der internationalen Globalmittel an die durch die neue Richtlinie veränderte Situation war weiterhin ein wichtiges Thema der Kommission.

Erste Arbeitsgruppensitzungen des Ministeriums boten die Möglichkeit Rückmeldungen zu geben und erforderten unsere gezielte inhaltliche sowie strukturelle Mitarbeit, um das Ziel der Weiterentwicklung des Förderinstruments KJP nicht aus dem Blick zu verlieren.

Die AG Fördermittelbeschaffung und -bewirtschaftung hat sich im vergangenen Jahr mit der Frage auseinandergesetzt, wie wir für unsere Mitgliedsorganisationen mehr Hilfestellung in Förderfragen und zur

3 Millionen

*Euro mehr für die
Jugendverbandsarbeit!*

*Und ein Vermerk des Bundestags über
die Verstetigung der Summe!*

Fördermittelakquise bieten können. Die vom Hauptausschuss eingesetzte und divers besetzte AG hat dafür die Bedarfe und die Anforderungen der verschiedenen Verbände und Jugendringe formuliert und wird dem Hauptausschuss ein Konzept für ein mögliches weiteres Vorgehen präsentieren.

Internationale Förderung in den Blick nehmen

Für den internationalen Jugendaustausch gibt es erheblichen Mittelbedarf: in der bilateralen Förderung können häufig nur noch 50 bis 65 Prozent der festgelegten Fördersätze bewilligt werden. In einigen Programmen werden sogar bis zu 50 Prozent der förderfähigen Anträge abgelehnt, weil das Geld fehlt. Im Koalitionsvertrag wurde zwar angekündigt, dass der internationale Jugendaustausch weiter gestärkt und mit adäquaten Mitteln ausgestattet werden soll, um jungen Menschen unabhängig von Herkunft und Bildung die Chance zu geben, an einem internationalen Jugendaustausch teilzunehmen. Noch offen ist jedoch, was für die Bundesregierung „adäquate Mittel“ sind. Für uns ist nicht nachvollziehbar, dass der Bundesfinanzminister bisher zusätzliche Mittel im Haushalt für 2019 blockiert. Deshalb fordern wir mit anderen Akteuren der internationalen Jugendarbeit eine signifikante Erhöhung der Mittel. Die Vorschläge der Bundesregierung und des Deutschen Bundestags zur Gründung von weiteren Jugendwerken sind darauf keine geeignete Antwort.

Die Gründung des Deutsch-Griechischen Jugendwerks ist weitgehend abgeschlossen. Es soll 2019 die Arbeit aufnehmen. Im Januar 2018 hat der Deutsche Bundestag überraschend die Gründung eines Jugendwerks mit Israel vorgeschlagen. In ihrer Europa-Grundsatzrede hat die Bundeskanzlerin im Juni 2018 sogar ein Europäisches Jugendwerk angeregt, obwohl ein solches – angedockt an den Europarat – bereits existiert. Weitere sechs bis acht Jugendwerke sind noch im Gespräch. Wir sehen diese Entwicklungen mit großer Skepsis, weil große finanzielle Ressourcen nicht in den internationalen Jugendaustausch, sondern in Verwaltungsstrukturen fließen. Die bisherige Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks und des Deutsch-Polnischen Jugendwerks wird konterkariert. Wir brauchen keine Investitionen in zusätzliche Jugendwerke, sondern vielmehr eine gute, transparente und verlässliche Finanzierung von internationaler Jugendarbeit in Gänze sowie verbesserte Förderbedingungen, die auch die Bedürfnisse in den Partnerländern berücksichtigt. Deshalb haben wir im Rahmen der Gespräche mit den Haushälter*innen der Parteien für einen Mittelaufwuchs im internationalen Bereich geworben. Beim Deutsch-Polnischen Jugendwerk mit Erfolg. Jedoch war die eine Million zusätzlich nur ein erster Tropfen auf den heißen Stein. Neben mehr Mitteln für die Gänze des internationalen Jugendaustausches bedarf es deshalb auch verbesserter Förderbedingungen, um diese zielgerichtet einsetzen zu können. Deshalb versuchen wir in politischen Gesprächen beispielsweise auf die Problematik des Gastgeberprinzips einzugehen oder für Übersichtlichkeit und Anpassung der Förderstrukturen zu werben.

SGB VIII – eine große Baustelle

Im letzten Vorstandsbericht war unser Fazit der angestrebten Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) in der 18. Wahlperiode: Viel Aufwand für ein SGB VIII-Reförmchen, von der Reform ist nicht viel übriggeblieben. Dies müssen wir mit diesem Bericht korrigieren: Es ist nichts übriggeblieben. Nach wie vor hat der Bundesrat das zum Ende der letzten Wahlperiode beschlossene Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) nicht beraten. Wir gehen nicht davon aus, dass das Gesetz noch durch den Bundesrat beschlossen wird. Den im aktuellen Koalitionsvertrag neu angekündigten Prozess einer SGB VIII-Reform versuchen wir aktiv mitzugestalten.

Das KJSG war aus unserer Sicht keineswegs immer im Interesse von Kindern und Jugendlichen gestaltet. Nun sind alle Debatten wieder offen. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD benennt für diese Wahlperiode große Ziele: „Wir werden die Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln, den Kinderschutz verbessern und die Familien unterstützen. Das bestehende Kinder- und Jugendhilfegesetz hat sich in seiner Grundausrichtung bewährt und hohe Akzeptanz erfahren. Gesellschaftliche Veränderungen und fachpolitische Erkenntnisse bringen es aber mit sich, dass es weiterentwickelt werden muss. Wir wollen das Kinder- und Jugendhilfrecht auf Basis des in der letzten Legislaturperiode beschlossenen Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes weiterentwickeln. [...] Das Kindeswohl ist dabei Richtschnur.“



Zum Redaktionsschluss war noch unklar, wie das zuständige BMFSFJ den Prozess zum Erarbeiten des Gesetzes konkret gestalten will; und vor allem, wie eine partnerschaftliche und nachhaltige Einbeziehung der Träger, Fachverbände und Expert*innen erfolgen und die notwendige Transparenz sichergestellt werden soll. In der letzten Legislaturperiode war das Handeln des BMFSFJ bei der Reform des SGB VIII wenig transparent und partnerschaftlich, was zu einem hohen Unmut in der Trägerlandschaft geführt hat. Ein neuer Prozess muss jetzt gerade auf eine hohe Transparenz und Partnerschaftlichkeit setzen, um erfolgreich zu werden.

Die Weiterentwicklung des SGB VIII bedeutet für uns, dass der Paragraph 72a überarbeitet und entbürokratisiert werden muss. Nach wie vor ist die Regelung zur Vorlagepflicht des Erweiterten Führungszeugnisses für Ehrenamtliche für die Arbeit der Jugendverbände von rechtlichen Unsicherheiten geprägt und mit viel Arbeit verbunden. Wir setzen uns weiter für die dringend notwendigen Verbesserungen in der Handhabung sowie die Reduzierung von Bürokratie ein. Die These, der bürokratische Aufwand, die Schwierigkeiten und die Unsicherheiten seien nur Einführungsprobleme, ist nun, mehr als fünf Jahr nach Inkrafttreten endgültig vom Tisch.

Eine weitere große Baustelle in der Kinder- und Jugendhilfe bzw. im SGB VIII wird die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter bis 2025. Die Bundesregierung will ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für alle Schüler*innen im Grundschulalter ermöglichen. Die Ausgestaltung soll im SGB VIII und damit im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe erfolgen. Wir begrüßen, dass damit die hohen Standards der Kinder- und Jugendhilfe für diese Angebote gelten sollen, kritisieren aber, dass hier der Fokus auf Betreuung liegt und nicht auf den Bildungsinteressen der Kinder. Daher werden wir uns im Interesse von Kindern und Jugendlichen in den Prozess einbringen und insbesondere auch Bildungs- und Betreuungsangebote außerhalb des Nahraumes Schule einfordern. Aber auch darüber hinaus sind noch viele Fragen offen. So sind die Konsequenzen für die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt und für die Kinder- und Jugendarbeit konkret noch nicht absehbar.

Bei den Vorhaben der neuen Bundesregierung im Bereich SGB VIII vermissen wir die Große bzw. Inklusive Lösung, die Zusammenführung aller Leistungen für Kinder und Jugendliche in der Kinder- und Jugendhilfe. Dies wird uns jedoch nicht davon abhalten, bei unseren Angeboten und Aktivitäten den inklusiven Ansatz zu praktizieren und das Thema weiterzuentwickeln [→ Seite 16].

Das SGB VIII und damit die Kinder- und Jugendhilfe mit ihren Angeboten und Diensten sind auch und gerade für Kinder und Jugendliche, die nach Deutschland geflüchtet sind, unabdingbar. Dies gilt insbesondere für Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (UMF). Einige Vorhaben der Bundesregierung lassen befürchten, dass der Vorrang der Kinder- und Jugendhilfe für junge Flüchtlinge faktisch abgeschafft wird. So sollen UMF bis zu ihrer Alterseinschätzung in den geplanten sogenannten AnKER-Zentren (AnKer = An(kunft), K(ommunale Verteilung), E(ntscheidung) und R(ückführung)) verbleiben und erst danach von den Jugendämtern in Obhut genommen werden. Auch das Verfahren der Identifizierung und Ersterunterbringung soll dann nicht länger durch die kommunalen Jugendämter, sondern in Erstaufnahmeeinrichtungen für Erwachsene erfolgen. Wie viel Expert*innen und Fachorganisationen, sehen auch wir die Gefahr, dass insbesondere Kinder und Jugendliche, die entweder mit ihren Eltern oder unerkannt als unbegleitete Minderjährige einreisen, über lange Zeiträume in nicht kindgerechten Einrichtungen leben müssen. Dies hat gravierende Nachteile für ihre Entwicklung. Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen der Zivilgesellschaft fordern wir deshalb eine klare Anerkennung des Primats der Kinder- und Jugendhilfe zum bestmöglichen Schutz von Kindern und Jugendlichen – das fehlt im Koalitionsvertrag.

Jugendforschung ist kein Selbstzweck

Unser Hauptausschuss beschloss auf Basis der Erfahrungen des 2. Bundesweiten Fachkongresses Kinder- und Jugendarbeit im Herbst 2016 einstimmig die Forderung nach Verstetigung dieser bundesweiten Fachkongresse. Daher sind wir in einem entsprechenden Initiativkreis aktiv und setzen uns auch in jugendpolitischen Gesprächen dafür ein. Dem Initiativkreis gehören alle Felder der Kinder- und Jugendarbeit an. Inzwischen sind wir dem beschlossenen Ziel, den nächsten bundesweiten Fachkongress der Kinder- und Jugendarbeit durchzuführen, ein deutliches Stück näher gekommen. Er soll auf den Erfolgen und Erfahrungen des letzten Kongresses aufbauen. Eine Durchführung wird im Herbst 2020 in Bayern angestrebt. Die jeweils zuständigen Fachreferate im BMFSFJ und im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration haben Interesse am Bundeskongress und die Bereitschaft der finanziellen Unterstützung signalisiert.

Ein solcher Kongress ist für uns jedoch kein Selbstzweck. Nach wie vor müssen wir feststellen, dass für den Bereich Kinder- und Jugendarbeit erheblicher Nachholbedarf besteht, wenn es darum geht den Zustand und die Trends der Kinder- und Jugendhilfe regelmäßig wissenschaftlich zu beobachten und zu analysieren. Da jedoch Forschungsergebnisse in diesem Bereich wichtige Grundlagen für unsere Arbeit sind, regen wir dort wo möglich diese an und unterstützen sie – auch durch kritische Reflexion und jugendpolitische Einordnung der Ergebnisse. Der Bundeskongress kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Die AGJ mitgestalten

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ ist das Forum und Netzwerk bundeszentraler Zusammenschlüsse, Organisationen und Institutionen der freien und öffentlichen Jugendhilfe in Deutschland. Ziel der Zusammenarbeit in der AGJ ist die jugend- und fachpolitische Kommunikation und Kooperation auf der Bundesebene, aber auch im europäischen bzw. internationalen Kontext. Größtes Pro-

jekt der AGJ ist die regelmäßige Durchführung des Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages (DJHT). Von den rund 100 Mitgliedern der AGJ gehören 35 zur Mitgliedergruppe „Bundeszentrale Jugendverbände und Landesjugendringe“. Wir sind selbst nicht Mitglied der AGJ, nehmen aber die Federführung der Gruppe wahr und unterstützen ihre Vertreter*innen in den sechs Fachausschüssen der AGJ, im AGJ-Vorstand und im Geschäftsführenden Vorstand der AGJ. Darüber hinaus ist die AGJ für uns ein wichtiger Partner auf der jugendhilfepolitischen Bühne.

Im April 2018 wurde auf der Mitgliederversammlung der AGJ der Vorstand neu zusammengesetzt und der Geschäftsführende Vorstand neu gewählt. Neuer stellvertretender Vorsitzender der AGJ ist Björn Bertram (Landesjugendring Niedersachsen), der auf Mike Corsa (aej) folgt. Mike Corsa hat die Jugendverbände und -ringe lange Jahre im Geschäftsführenden Vorstand vertreten und stand nun nicht mehr zur Verfügung.

Freizeiten als Bestandteil der Jugendverbandsarbeit

Kinder- und Jugendfreizeiten, Kinder- und Jugendreisen und andere Formen der Jugendarbeit mit Ortsveränderung sind Teil der alltäglichen Arbeit in unseren Mitgliedsorganisationen. Ihre Besonderheit liegt im Kern des Selbstverständnisses der Jugendarbeit von Jugendverbänden und Jugendgruppen: Selbstorganisation, gemeinschaftliche Gestaltung und Mitverantwortung. Um die besondere Qualität hervorzuheben und sich von kommerziellen Anbietern zu unterscheiden, hat sich unsere Werkstatt Jugendreisen intensiv mit der Qualität von jugendverbandlichen Freizeitmaßnahmen auseinandergesetzt und ein Positionspapier als Antrag an den Hauptausschuss erarbeitet. Grundlage für die Beschäftigung mit dem Thema war der Schwerpunkt „Ortsveränderliche Jugendarbeit“ beim Hauptausschuss im Mai 2017. Mit dessen Ergebnissen hat sich die Werkstatt eine inhaltliche Agenda gesetzt und sich über die Koordination der Arbeit im BundesForum Kinder- und Jugendreisen e.V. hinaus thematisch für andere Mitgliedsorganisationen geöffnet. Die Werkstatt Jugendreisen trifft sich rund dreimal jährlich und ist für alle Interessierten aus den Mitgliedsorganisationen offen. Weitere Themen der Werkstatt Jugendreisen sind nachhaltiges Reisen, rechtliche Themen, wie etwa das Reiserecht, oder Jugendreisen für Alle.

Mit dem BundesForum Kinder- und Jugendreisen e.V. gibt es außerhalb unserer Arbeitsgemeinschaft einen Zusammenschluss bundesweit tätiger Verbände, Träger und Organisationen, die im Bereich des nationalen und internationalen Kinder- und Jugendreisens tätig sind.

Junge Menschen stärken und vor Gewalt schützen

Wir engagieren uns für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt. Er ist ein unverzichtbares Element unseres Selbstverständnisses als Jugendverbände und -ringe. Wir ergreifen Partei für die Interessen sowie für das Wohl von Kindern und Jugendlichen. Wir stärken junge Menschen, damit sie ihre eigenen Grenzen und Grenzverletzungen erkennen und klar benennen können. Ein umfassender Ansatz präventiver Arbeit gegen sexualisierte Gewalt bedeutet für uns Jugendverbände und -ringe, in unseren eigenen Strukturen Schutzmaßnahmen zu entwickeln. Zugleich decken wir sexistische Strukturen in der Gesellschaft auf und gehen dagegen an. Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt sind für uns nicht nur ein pädagogisches, sondern auch ein politisches Ziel.

Bereits seit vielen Jahren setzen sich die Jugendverbände und -ringe aus diesen Gründen mit dem Thema Prävention sexualisierter Gewalt auseinander. Sie haben dazu in den letzten Jahren vielfältige Strukturen,

Konzepte und Materialien entwickelt und umgesetzt. Auf unserer 89. Vollversammlung forderten wir die verlässliche, entsprechend zweckgebundene Bereitstellung zusätzlicher staatlicher Fördermittel. So können Jugendverbände in die Lage zu versetzt werden, umfassende Schutzkonzepte nachhaltig in den Strukturen der Jugendverbandsarbeit zu implementieren und zu etablieren. Diese Forderung war Bestandteil unserer jugendpolitischen Gespräche vor der letzten Bundestagswahl und während der Erarbeitung des Koalitionsvertrages.

Eine weitere Forderung im Rahmen der Erarbeitung des Koalitionsvertrags war die Weiterführung und Verstetigung der Stelle des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) in dieser Legislaturperiode.

Die Zusammenarbeit mit dem USBKM, Johannes-Wilhelm Rörig, setzten wir entsprechend der im März 2016 geschlossenen Vereinbarung fort. Am 18. Oktober 2017 war in Berlin der Fachtag „JETZT HÖR ENDLICH AUF! Jugendarbeit und sexualisierte Peergewalt“. Die Veranstaltung organisierten wir gemeinsam mit dem USBKM und dem Bayerischen Jugendring (BJR). Mit mehr als 100 Teilnehmenden konnten im Rahmen dieser Veranstaltung viele Facetten der sexualisierten Gewalt unter Gleichaltrigen beleuchtet werden. Die Vielschichtigkeit der sexualisierten Peergewalt wurde deutlich gemacht, aber auch neue Fragestellungen aufgeworfen. Dabei wurde die Grauzone deutlich, in der sich Jugendleiter*innen immer wieder bewegen. Wir diskutierten intensiv an welchen Stellen es gesetzliche Veränderungsbedarfe gibt. Im Sommer 2018 erschien die Dokumentation: go.dbjr.de/doku-praevention.

Parallel unterstützten wir die Auswertung des Monitorings des USBKM zum Stand der Prävention sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Einige unserer Mitgliedsorganisationen hatten sich an der qualitativen Befragung zu Schutzkonzepten in Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit beteiligt. Auf der Auswertungsveranstaltung im November 2018 werden wir die Möglichkeit haben, die Ergebnisse zu kommentieren, bevor sie dann veröffentlicht werden.

Projekt Jugendgruppe erleben ist beendet

Von 2013 bis 2017 standen uns aus dem Förderprogramm „Kultur macht stark“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) bis zu zehn Millionen Euro zur Verfügung. Wir leiteten diese Mittel im Rahmen des Projekts „Kultur macht stark – Jugendgruppe erleben“ an Jugendverbände vor Ort weiter. 313 Bündnisse führten in diesen fünf Jahren über 1.200 Projekte durch. Sie erreichten insgesamt knapp 20.000 Kinder und Jugendliche, die von Benachteiligungen betroffen sind.

Die Bündnisse vor Ort haben wichtige und erfolgreiche Projekte durchgeführt. Die angestrebten Ziele konnten gut erreicht werden: Bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche haben die Möglichkeit auf Teilhabe an kulturellen Angeboten der Jugendverbände erhalten. Sie wurden in ihrer Entwicklung unterstützt. Die Kinder und Jugendlichen wurden oft nachhaltig in die Verbände integriert und haben diese als verlässliche Anlaufstellen kennengelernt. Die sozialräumlichen Netzwerke wurden durch die Bündniszusammenarbeit gestärkt.

Bei allen inhaltlichen Erfolgen des Projekts wollen wir aber nicht verschweigen, dass es sowohl uns als auch die Bündnisse vor Ort sehr viel Zeit, Mühe und Ressourcen kostete, das Projekt administrativ umzusetzen. Die Anforderungen an die Ehrenamtlichen waren und sind hoch. Wir haben uns daher bewusst dagegen entschieden, uns an der Fortführung des Programms in „Kultur macht stark II“ zu beteiligen.

Wir sehen hier eine zu große Diskrepanz zwischen den Anforderungen der Förderrichtlinie und den Möglichkeiten von ehrenamtlichen Strukturen. Für die Verbände, die sich trotzdem weiterhin am Projekt beteiligen wollen, haben wir Kontakte zu anderen Programmpartnern hergestellt und sie in der Antragsphase begleitet.

„Kultur macht stark - Jugendgruppe erleben“ lief damit zum Jahresende 2017 aus. Aufgrund einer gewährten Verlängerung der Personalförderung bis Ende März 2018 konnten einige Aufgaben Anfang 2018 noch aufgefangen werden. Allerdings waren bis zur letzten Minute vor Abgabe des Verwendungsnachweises im Sommer 2018 noch zahlreiche administrative Aufgaben zu erledigen, die die Geschäftsstelle aus eigenen Ressourcen und mit hohem Aufwand stemmen musste. Aufgrund der im Projekt vorgesehenen Prozesse und administrativer Vorgaben des Fördergebers konnte ein Projektabschluss nur mit großen Anstrengungen, aber am Ende dennoch erfolgreich erreicht werden.



GUTE JUGENDPOLITIK GESTALTEN

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sieht die Aufnahme der Kinderrechte als Grundrecht ins Grundgesetz vor. Seit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention (UNKRK) durch Deutschland vor 25 Jahren, ist diese Entscheidung einer der wichtigsten Schritte für einen Paradigmenwechsel, der Kinder und Jugendliche als (Rechts-)Subjekte anerkennt und dadurch für eine Stärkung ihrer gesellschaftlichen Stellung sorgt. Unser Vorstand wird daher zur Klausur des

Hauptausschusses im September 2018 dazu einen Antrag einbringen. Diese Positionierung soll bekräftigen, dass wir eine Verankerung der Kinderrechte als Grundrechte im Grundgesetz in einer Form fordern, die im Interesse von Kindern und Jugendlichen wirksam sind.

Die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz muss vor allem sicherstellen: Die Anerkennung der Kinder und Jugendlichen als Träger eigener Rechte. Das Recht der Kinder und Jugendlichen auf bestmögliche Entwicklung, Entfaltung und Bildung. Das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Schutz vor Gewalt und anderen Gefährdungen. Das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Beteiligung an allen sie betreffenden Entscheidungen. Den Vorrang des Kindeswohls bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen sowie die Verpflichtung des Staates, Chancengerechtigkeit und kindgerechte und jugendgerechte Lebensbedingungen für alle Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten

Mit anderen Akteuren aus der Zivilgesellschaft werden wir unsere Position in die Bund-Länder-AG zur Erarbeitung eines Vorschlags zu Kinderrechten in das Grundgesetz einbringen.

Das BMFSFJ erarbeitet derzeit den nächsten Bericht Deutschlands an den UN-Ausschuss für Kinderrechte (Staatenbericht). Dieser soll Ende 2018 weitgehend fertig sein. Wir haben uns im zivilgesellschaftlichen Austausch eingebracht und eine Stellungnahme zu Themen und Punkten verfasst, die im Bericht der Bundesregierung berücksichtigt werden soll [go.dbjr.de/2017staatenbericht].

Neben dem Staatenbericht erscheint 2019 der ergänzende Bericht der Zivilgesellschaft, der sogenannte Schattenbericht. Die Federführung hat das Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonventionen – National Coalition Deutschland (NC). Die Jugendverbände in der NC erarbeiten Beiträge zu Themen wie Bildung, Armut, Gewalt und eigenständige Jugendpolitik für diesen ergänzenden Bericht.

Die NC soll die Zivilgesellschaft im Bereich Kinderrechte bündeln. Ihr Auftrag ist, die UNKRK bekannt zu machen und weiter zu entwickeln, die Einhaltung bzw. Umsetzung der UNKRK zivilgesellschaftlich zu überwachen und den erweiterten Bericht zum jeweiligen Staatenbericht Deutschlands zu verfassen. Einzelne unserer Mitgliedsorganisationen sind Mitglied der NC. Trotz einiger unterschiedlicher Sichtweisen halten wir die Ziele und Aufgaben sowie das Engagement in der NC für wichtig. Daher vernetzen wir die Jugendverbände in der NC untereinander und unterstützen die Jugendverbandsvertreter*innen im erweiterten Vorstand der NC.

Ziel: Eine gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung

„Jugend ist eine eigenständige und prägende Lebensphase, in der es darum geht, selbstständig zu werden, sich zu qualifizieren und einen Platz in der Gesellschaft zu finden. Dafür wollen wir die eigenständige Jugendpolitik weiterführen und eine gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung entwickeln.“ steht im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Diese Einschätzung begrüßen wir und die Entwicklung einer gemeinsamen Jugendstrategie der Bundesregierung (nicht nur des federführenden Jugendministeriums) fordern wir schon lange. Noch ist für uns nicht erkennbar, wie die konkreten Pläne auf dem Weg dorthin aussehen.

Entsprechende Projekte und Aktivitäten, die in der vergangenen Wahlperiode gestartet wurden, müssen überprüft, weiterentwickelt und entfristet werden. Das Projekt Kompetenzzentrum Jugend-Check (KomJC) läuft noch bis Sommer 2019. Hier fordern wir eine gesetzliche Verankerung des Jugend-Check und damit seine unbefristete Umsetzung.

Die aktuelle Förderperiode ausgewählter Projekte aus dem Innovationsfonds des Kinder- und Jugendplans des Bundes zur Stärkung der Eigenständigen Jugendpolitik endet 2019. Es muss rechtzeitig über die Rahmenbedingungen und Themen der neuen Förderperiode beraten und dabei auch die Art der Förderung grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt werden. Wir werden uns – auch mit unserer Erfahrung als Koordinator der Projekte im Handlungsfeld Jugendverbandsarbeit – intensiv in die Debatte einbringen.

Seit Herbst 2017 läuft das Gemeinschaftsvorhaben „Repräsentative Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche auf kommunalpolitischer Ebene“ des BMFSFJ und des Deutschen Kinderhilfswerks (DKHW). Wir haben das Vorhaben, das in einer ersten Phase sogenannte repräsentative Beteiligungsformate auf kommunalpolitischer Ebene erfasst hat und in einer zweiten Phase diese auch qualitativ auswerten soll, konstruktiv aber auch kritisch begleitet. Das werden wir weiter tun.

Das AGJ-Projekt „Koordinierungsstelle Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ endet zum Jahresende 2018 und damit auch (vorerst) die Arbeit des Planungsstabes. Gemeinsam mit dem Bundesjugendministerium lädt die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ alle Akteure der Jugendstrategie und die interessierte Fachwelt zur Veranstaltung „Politik für, mit und von Jugend - Konferenz zur bundespolitischen Jugendstrategie“ am 24./25. September 2018 nach Berlin. Dort sollen Perspektiven der Jugendpolitik in den Blick genommen werden. Wir werden dabei sein.

Ausdrücklich begrüßen wir die Ankündigung einer interministeriellen Arbeitsgruppe in diversen Gesprächen mit dem Bundesjugendministerium. Wir halten diese für ein wichtiges Instrument für eine gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung. In deren Gestaltung wollen wir uns im Interesse junger Menschen einbringen.

Der Jugend-Check muss gesetzlich verankert werden

Die gesetzliche Verankerung des Jugend-Checks hat es nicht in den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 19. Wahlperiode geschafft. Für einen Jugend-Check in unserem Sinne ist jedoch gerade diese formale gesetzliche Verankerung zusammen mit einem verbindlichen ressortübergreifenden Handeln zwingende Voraussetzung.

Daher unterstützen wir auch weiterhin das Kompetenzzentrum Jugend-Check (KomJC), unter anderem durch Mitwirkung im Fachbeirat. Das KomJC hat im August 2017 seine Arbeit aufgenommen. Seine Aufgabe halten wir für sehr wichtig: die Weiterentwicklung und Durchführung des Jugend-Checks und die damit verbundene Sensibilisierung für eine jugendgerechte Gesetzgebung. Wir vergessen dabei jedoch nicht, dass das KomJC derzeit nur ein befristetes Projekt ist. Zur Durchführung des Jugend-Checks ist es an Gesetzesvorhaben jenseits des BMFSFJ auf eine freiwillige Zusammenarbeit angewiesen und hat dadurch Gesetzesentwürfe oft erst sehr spät verfügbar. Daher sehen wir das nach wie vor lediglich als einen Schritt auf dem Weg. Unserer Forderung an die Bundesregierung und an die im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien bleibt: Das Instrument Jugend-Check muss unbefristet, verbindlich, ressortübergreifend eingeführt und dazu gesetzlich verankert werden.

Nachhaltigkeit als Querschnittsthema

Die Themen im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung sind vielseitig. Hierfür stehen die Sustainable Development Goals (SDG) der Agenda 2030. Wir setzen uns dafür ein, dass die Nachhaltigen Entwicklungsziele in Deutschland und global umgesetzt werden und bringen uns auf vielfältige Weise in die betreffenden Prozesse ein. Außerdem setzen wir auf Nachhaltigkeit als ein Querschnittsthema, welches zu unterschiedlichen Aspekten Einfluss und Wirkung auf alle Lebensbereiche hat: in sozialen, wirtschaftlichen und globalen Kontexten. Im Mittelpunkt steht für uns dabei die Beteiligung junger Menschen mit ihren Interessen. Denn bezugnehmend auf die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie stellen wir immer noch fest: Es fehlt ein umfassender Blick von und auf junge Menschen.

Unsere Bemühungen führen zu ersten Erfolgen: Mit Dominik Naab sitzt aktuell ein Jugendvertreter als kooptiertes Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE). Der RNE greift darüber hinaus auf unsere Expertise zurück und hat uns intensiv am Beteiligungsverfahren der Zivilgesellschaft zum Peer Review der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie einbezogen. Wir waren darüber hinaus auf der RNE-Jahrestagung im Juni vertreten. Außerdem wurden wir wieder zum Forum Nachhaltigkeit

in das Bundeskanzleramt eingeladen und sind neuerdings als Akteur im Dialogforum der Zivilgesellschaft zum Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung vertreten.

In diesem Zusammenhang haben wir unsere Kritikpunkte an der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie mit einer Stellungnahme im Rahmen der Aktualisierung der Nachhaltigkeitsstrategie untermauert: go.dbjr.de/2018nachhaltigkeit.

Die Jugenddelegierten für Nachhaltige Entwicklung, vertreten durch Johannes Wagner und Rebecca Freitag, übernehmen hier ebenfalls eine wichtige Aufgabe. Sie streiten für die Interessen junger Menschen auf Ebene der Vereinten Nationen und wirken bei den Beratungen des High-Level Political Forum (HLPF) on Sustainable Development mit. Zur Finanzierung der Arbeit arbeiten wir eng und gut mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)



zusammen. Dank der erfolgreichen Arbeit in den letzten Jahren hat sich das Programm stetig erweitert. Neben der Teilnahme am HLPF im Sommer 2018 waren die Jugenddelegierten auf der UN Environment Assembly (UNEA) Anfang Dezember 2017 in Nairobi sowie beim Economic and Social Council 2018 (ECO-SOC) in New York und haben vor Ort die Nachhaltigkeitsziele und Interessen von jungen Menschen vertreten, Side-Events organisiert und sich mit anderen Jugenddelegierten vernetzt. Zusätzlich bringen sie wichtige Impulse von dort mit in unsere Strukturen. Im Kontext ihrer Arbeit sind die Jugenddelegierten auf vielen Veranstaltungen in Deutschland als Stimme der Jugend präsent und stellen die SDGs sowie ihre Arbeit und Erfahrung bei verschiedenen Institutionen und bei unseren Mitgliedsorganisationen vor.
jugenddelegierte.dbjr.de

Ein Schwerpunkt im Bereich Nachhaltigkeit ist das Themenfeld Klimapolitik. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, mittelfristig als ein Sprachrohr und Interessenvertretung junger Menschen zu klimapolitischen Themen wahrgenommen zu werden. Junge Menschen müssen heute und in Zukunft mit den Folgen des Klimawandels umgehen. Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels als auch zur Anpassung an ihn betreffen ihr Leben bereits jetzt und werden dies zukünftig noch viel stärker tun. Daher haben wir bei einem Workshop zum Thema Klimapolitik im Juni 2018 mit unseren Mitgliedsorganisationen deren unterschiedliche Aspekte diskutiert: globale Gerechtigkeit, Mobilität, sozialverträglicher Klimaschutz und die Dimensionen in Stadt und Land. Außerdem haben wir das Verfehlen der Klimaschutzziele durch die Bundesregierung kritisiert.

Durch unser Engagement im Themenfeld der Nachhaltigen Entwicklung entstand eine intensive Zusammenarbeit mit einem zivilgesellschaftlichen Bündnis aus dem Bereich Nachhaltigkeit. Gemeinsam mit dem Forum Umwelt und Entwicklung (FUE), dem Verband Umweltpolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO), Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und dem Global Policy Forum gaben wir im September den Bericht „So geht Nachhaltigkeit“ heraus. Zusätzlich gestalteten wir die Konferenz am 24. September 2017 mit dem Titel „Eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft für alle schaffen – Auf dem Land und in der Stadt“ von VENRO in den Bereichen Mobilität und Rechtsextremismus aktiv mit.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) setzte auf unsere Expertise bei der Entwicklung eines Nationalen Aktionsplans Bildung für Nachhaltige Entwicklung (NAP BNE). Wir sind in der Nationalen Plattform vertreten, die wichtige Entscheidungen zum NAP BNE trifft. Die inhaltliche Arbeit zum NAP BNE wird im Rahmen des Prozesses von Fachforen vorangebracht. Wir und einige unserer Mitglieder sind stark im Forum Informelles und non-formales Lernen/Jugend engagiert. Aufgrund des Rücktritts der Leitung und fehlender Agenda war der Output des Fachforums bisher sehr gering. Wir haben daher die Arbeit unserer Mitglieder im Fachforum vernetzend unterstützt. Mit den Vertreter*innen des angegliederten Projekts zu Jugendbeteiligung (Youth for NAP – YoupaN) haben wir uns ausgetauscht, um die Positionen junger Menschen im BNE-Prozess zu stärken.

Medien- und Digitalpolitik in Bewegung

Die Medien- und Digitalpolitik ist in Bewegung. Wir sehen unsere Aufgabe darin, für junge Menschen gute Bedingungen zu schaffen. Ziel ist, dass sie selbstbestimmt mit ihren Daten umgehen, rechtssicher kommunizieren oder kreativ sein können. Ziel ist auch, dass sie barrierearmen Zugang zu Medien und digitalen Angeboten haben sowie in ihren Kompetenzen gestärkt werden.

Wir begleiten intensiv die Debatten um den Auftrag und die Finanzierung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks (ÖRR). Es gibt unbestritten Reformbedarf bei den Öffentlich-Rechtlichen – inhaltlich und strukturell. Reformbedarf bedeutet aber nicht, die Finanzierung vollkommen in Frage zu stellen und auf Kosten der Qualität zu sparen. Im Interesse junger Menschen müssen Angebote wie das Jugendangebot funk von ARD und ZDF deutlich besser ausgestattet werden. Denn funk zeigt, wie ein modernes, qualitativ gutes und unterhaltsames Angebot an junge Menschen aussehen kann. Bei der internen Verteilung der Gelder sind die Intendant*innen und Programmverantwortlichen in der Pflicht, die jungen Angebote zu stärken. Es ist wichtig, dass mit dem Urteil des Bundesverfassungsgericht zu den Rundfunkbeiträgen im Juli deren Rechtmäßigkeit festgestellt wurde.

Wir streiten auch für ein Telemediengesetz, das dem ÖRR mehr Freiräume schafft - vor allem bei digitalen Entwicklungen. Deswegen haben wir mit 22 weiteren Organisationen eine Erklärung zur Stärkung des ÖRR abgegeben: go.dbjr.de/2018oerr

Medienpolitik ist Sache der Bundesländer. Wir begleiten die Vernetzung und die inhaltliche Auseinandersetzung der Landesjugendringe mit medienpolitischen Entwicklungen.

Europa setzt in der Digitalpolitik zunehmend die entscheidenden Rahmenbedingungen. Mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) wird ein hoher Standard für die Selbstbestimmung über die eigenen Daten in allen Ländern der EU gesetzt. Für uns selbst bedeutet das, Prozesse der Datenverarbeitung und den Umgang mit Daten kritisch zu reflektieren und anzupassen. .

Mit einer fundierten Artikelserie unter tooldoku.dbjr.de/tag/datenschutz haben wir die Idee hinter der DSGVO dargestellt und Anregungen zum Umgang mit der DSGVO und Daten gegeben.

Die EU versucht seit Jahren einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt zu gestalten. Das gelingt mal besser, mal schlechter, zum Beispiel beim Urheberrecht. Wir fordern ein Urheberrecht, das Interessen von Urheber*innen und Nutzenden gut und verbindlich regelt sowie ein Recht auf Remix schafft. Uns ist wichtig, dass junge Menschen als Nutzende und Kreative Freiräume bekommen, ohne Recht zu verletzen.

Zuletzt hat das Europaparlament die Vorschläge zur Urheberrechtsreform von EU-Kommission und Europarat gestoppt. Im Herbst wird zwischen den drei EU-Instanzen in einem Trilog weiter verhandelt. Es bleibt wichtig, für ein Urhebergesetz einzutreten, das sich nicht negativ auf das digitale Handeln junger Menschen auswirkt und die Möglichkeiten des Internet offen hält.

Die Digitalisierung der Jugendarbeit schreitet voran. Wir beschäftigen uns intensiv mit der Idee Digitaler Jugendarbeit. Die Idee wurde als Smart Youth Work durch die EU angestoßen. Ziele sind, digitale Tools für die Jugendarbeit auszubauen, unabhängiger von Digitalkonzernen zu werden und die digitalen Kompe-

tenzen in Jugendverbänden zu verbessern. Gemeinsam mit Partner*innen arbeiten wir an einem Konzept, Digitale Jugendarbeit umzusetzen.

Der Jugendmedienschutz soll verbessert und den Entwicklungen der Digitalisierung angepasst werden. Die Bundesregierung hat das in ihrem Regierungsprogramm beschrieben. Nachdem einige Jahre wenig geschah, bringen wir unsere Haltung zum Jugendmedienschutz ein: Statt technischer Filter mehr Kompetenz und Mitbestimmung der Jugendlichen, die geschützt werden sollen.

Im Dialog der Generationen zu einer gerechten Sozialpolitik

Auf Basis des Beschlusses der Vollversammlung 2017 haben wir uns in die Debatte um die Neuausrichtung der Rentenpolitik eingebracht. Im Sinne einer umfassenden Generationengerechtigkeit, setzen wir auf einen Dialog zwischen den Generationen, um unsere Forderung zu einer gerechten Rentenpolitik umzusetzen. Wir haben es sehr begrüßt, dass wir in der Arbeit der so genannten Rentenkommission bzw. Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ beteiligt sind. Dabei sollen die Meinungen junger Menschen bei den geplanten Dialogen, Fachgesprächen und Fachtagungen einbezogen werden. Wir unterstützen den geplanten Generationendialog zwischen Senioren- und Jugendorganisationen. Mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) arbeiten wir schon seit einiger Zeit gut zusammen. 2018 veröffentlichten wir eine gemeinsame Position [go.dbjr.de/2018bagso-dbjr], in der wir den Beitrag von Jugend- und Seniorenorganisationen für eine solidarische und demokratische Gesellschaft beschreiben.

Besonderer wichtig ist uns die Auseinandersetzung mit dem Thema Jugendarmut, zumal es in Gesellschaft, Politik und Verwaltung als eigenständiges Problem kaum wahrgenommen wird. Gerade für Jugendliche und junge Erwachsene bedeutet Armut aber oft Verlust persönlicher Zukunftsperspektiven. Sie verlieren die Möglichkeit, sich selbst verwirklichen zu können und dies oft am Anfang ihres eigenständigen Lebensweges, während des Einstiegs in Ausbildung und Beruf, also in einer Lebensphase mit entscheidenden Umbrüchen.

In den Jugendverbänden und ihren Gruppen vor Ort ist Jugendarmut regelmäßig sichtbar. So werden die Gruppenleiter*innen mit Situationen konfrontiert, in denen junge Menschen an gemeinsamen Aktivitäten wie Wochenendfahrten oder Ferienfreizeiten nicht mehr teilnehmen können, da die finanziellen Mittel hierfür fehlen. Auch Jugendliche, die als Ehrenamtliche Verantwortung in den Verbänden übernehmen möchten, sind hiervon betroffen. Die gleichberechtigte Möglichkeit zum Mitmachen ist nur schwer zu gewährleisten. Wo es geht, werden Jugendverbände direkt aktiv, zum Beispiel werden Teilnahmebeiträge so gering wie möglich gehalten, Spenden gesammelt, weitere Mittel eingeworben oder gestaffelte Teilnahmebeiträge beispielsweise für Geschwister eingeführt. Weil es dabei nicht bleiben kann, tragen wir politisch dazu bei, Jugendarmut als gesellschaftlichen, menschlichen, sozialen und politischen Skandal sichtbar zu machen und entsprechende Forderungen aufzustellen.

Am 19. September 2018 veranstalten wir deshalb einen Fachtag zu Jugendarmut in Duisburg. Dafür konnten wir unter anderem die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, Kerstin Griese, Professor Dr. Christoph Butterwegge (Universität Köln), Monika Frank (Abteilungsleitung und Leitung der Obersten Landesjugendbehörde der Freien Hansestadt Bremen) und Thomas Krützberg (Sozialdezernent Stadt Duisburg) gewinnen.

Erinnern gegen das Vergessen: Trilaterales Seminar mit CYMI und PROM

Den 75. Jahrestag des Warschauer Ghettoaufstands 1943 haben wir mit dem Israelischen Jugendring CYMI und dem Polnischen Jugendring PROM zum Anlass genommen, vom 10. bis 13. Mai 2018 in Warschau ein trilaterales Seminar durchzuführen. Ziel des Seminars war der Austausch über die Rolle von Jugendorganisationen im Widerstand mit einem Bezug zur heutigen Zeit und



die Erkenntnisse vor allem für die Bildungsaktivitäten von Jugendorganisationen. Dabei gingen die Teilnehmenden auf ihre unterschiedlichen Narrative und ihre unterschiedlichen nationalen Perspektiven im Kontext des Ghetto-Aufstands ein. Sie diskutierten über Begriffe wie Rebellion, Revolte und Widerstand. Außerdem bot die Veranstaltung eine Plattform für Vernetzung und Kennenlernen zwischen den Partnern aus den drei Ländern.

Ort der eindrucksvollen Abschlusszeremonie war das Warschauer Ghetto-Ehrenmal, das 1948 vom jüdischen Bildhauer Nathan Rapaport erbaut und 1970 mit dem Kniefall von Willy Brandt weltweit bekannt wurde. Dort unterzeichneten die drei beteiligten Jugendringe eine gemeinsame Erklärung [go.dbjr.de/2018erklaerung75]. Auch 75 Jahre nach dem Ereignis wollen und müssen junge Menschen gemeinsam Verantwortung tragen, aus der Erinnerung lernen und sie in den Bildungsaktivitäten von Jugendorganisationen aufgreifen.

Unsere langjährigen Bestrebungen hinsichtlich einer kontinuierlichen Mitarbeit in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte (IJBS) Oswiecim waren mit der Wahl von Matthias Schröder in den Stiftungsrat der IJBS im Dezember 2017 erfolgreich. Somit können wir stärker als bisher auch die Perspektive der deutschen Jugendverbände in die Arbeit der IJBS einbringen. Künftig ist vorgesehen, dass wir neben der Vertretung im Stiftungsrat auch beratend an den Planungen der Bildungs- und Programmabteilung teilnehmen.

Durch den Austausch mit den Mitgliedsorganisationen haben wir uns das Ziel gesetzt, uns dauerhaft und nicht nur anlassbezogen mit dem Thema Erinnerungspolitik zu befassen. Dies soll auch unter dem Aspekt der Beschäftigung mit der eigenen Verbandsgeschichte bzw. der Geschichte des DBJR geschehen und darüber hinaus den Fokus auf die Lehren aus der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft legen. Mit den Informationen und Materialien der Mitgliedsorganisationen sowie der Unterstützung durch die Archive der Jugendverbände soll die weitere Auseinandersetzung vertieft werden.

Für die Gleichberechtigung – Geschlechterpolitik

Die Frauenrunde zur Hauptausschussklausur 2017 hat mit Bezug auf Paragraf 2 Punkt 4 unserer Satzung, in dem die Aufgabe des DBJR genannt wird, „für die Gleichberechtigung von Frau und Mann einzutreten [...]“ vorgeschlagen, zu einer Sitzung des Hauptausschusses 2018 nach vielen Jahren wieder eine Genderbeobachtung (Gender-Watch) mit Fokus auf eine frauenpolitische Perspektive anzuwenden. Beobachtet wurde die Klausur des Hauptausschusses im September 2018.

Ziel ist, stärker für das Thema Geschlechtergerechtigkeit zu sensibilisieren und entsprechend unserer Satzung die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern an unseren Gremien zu prüfen und zu stärken. Dabei sollten auch die bereits eingesetzten Instrumente bzw. Praktiken zur Unterstützung der Geschlechtergerechtigkeit in unseren Gremien (z. B. geschlechtergetrennte Redeliste, Redefluss durch Reißverschluss, generelles Nutzen von Mikrofonen, Sitzordnung) in ihrer Wirkung überprüft und gegebenenfalls auf Basis der Ergebnisse verbessert werden.

FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA STREITEN

Für unsere Vorstellungen von Europa zu streiten wird notwendiger denn je. Wir müssen uns engagieren, intensiver als bisher. Wir müssen deutlich machen, dass eine starke Zivilgesellschaft mehr Demokratie und Beteiligung einfordert. Wir treiben ein gemeinschaftliches Zusammenwachsen für Europa voran. Europa ist und bleibt unsere Antwort auf die aktuellen Herausforderungen!

Die europapolitische Debatte – besonders in der EU-Migrations- und -Asylpolitik – wird zunehmend von Rechtspopulist*innen dominiert und für individuelle Machtkämpfe instrumentalisiert. Dabei brauchen wir alle und besonders Europa konstruktive Lösungen und eine sachliche Diskussion über eine gemeinsame Politik jenseits der nationalstaatlichen Grenzen. Die europäische Jugend will Europa und seine Union. Frieden, Freiheit, Solidarität, Offenheit, Vielfalt, Mitbestimmung und Innovation bringen uns voran. Grenzen, nationale Lösungen, Konflikte, Rassismus und Fremdenhass sind keine Antworten auf die Fragen unserer Zeit und unserer Generation.

Eine Weichenstellung für die nächsten Jahre – der EU-Haushalt

2018 ist ein entscheidendes Jahr in der europäischen Jugendpolitik: Die EU-Jugendstrategie läuft Ende 2018 aus und muss unter den Mitgliedstaaten neu verhandelt werden. Der Mehrjährige Finanzrahmen, der die übergeordneten Haushaltslinien festlegt und nach dem sich die jährlich vereinbarten Haushalte richten, wird für die neue Förderperiode 2021 bis 2027 verhandelt.

Mit dem EU-Haushalt über die nächsten sieben Jahre werden die entscheidenden Weichen für die langfristige Handlungsfähigkeit der EU gestellt. Die Europäische Kommission hat im Juni 2018 zudem eine Erhöhung des Erasmus-Programms inklusive DiscoverEU sowie ein separates Programm für das Europäische Solidaritätskorps – den reformierten Europäischen Freiwilligendienst – vorgeschlagen. Die Europäische Kommission spricht von einer Verdoppelung der Gelder für das Jugendaustauschprogramm, obwohl das in der Realität aufgrund der komplizierten Struktur des EU-Haushaltes erst 2026 der Fall sein wird. Wir haben die Kommunikationsweise der Europäischen Kommission kritisiert, da sie zu hohen Erwartungen bei Jugendlichen und Jugendverbänden führt, die dann nicht gehalten werden können. Wir bringen uns mit dem 2016 verabschiedeten Eckpunkte-Papier und der Position zum Mehrjährigen Finanzrahmen [go.dbjr.de/2018mfr] in die Debatte ein. Wir fordern: eine Verzehnfachung der Erasmus-Gelder sowie eine Entbürokratisierung der Antragsverfahren. Jugendverbände spielen eine zentrale Rolle als lokal verankerte und inklusive Mittler zwischen der europäischen und lokalen Ebene. Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie und basieren auf Vielfalt, Pluralität und Selbstorganisation. Vor Ort gewachsene Strukturen sowie demokratisch organisierte Jugendverbände sind deshalb strukturell und finanziell zu fördern. Zusätzlich zum Erasmus-Programm hat die EU-Kommission separat das Förderprogramm des Europäischen Solidaritätskorps vorgeschlagen. Wir haben die Erarbeitung der neuen Gesetzesgrundlage kritisch begleitet, da das Solidaritätskorps in vielerlei Hinsicht nicht unseren Kriterien für eine gute Jugendpolitik entspricht.

EU-Jugendstrategie muss Jugendpolitik stärken

Zur neuen EU-Jugendstrategie haben wir mit einer Stellungnahme den Vorschlag der Europäischen Kommission aus Sicht der Jugendverbandsarbeit bewertet. Wir haben uns mit konkreten Verbesserungsvor-

schlägen in den Diskurs über die neue EU-Jugendstrategie eingebracht. Das Ziel einer EU-Jugendstrategie muss sein, die Jugendpolitik auf EU-Ebene strukturell und ressortübergreifend zu stärken. Als strategischen Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa muss die EU-Jugendstrategie in Verbindung mit den Förderprogrammen die Lebenssituation junger Menschen in Europa verbessern. Jugendliche dürfen nicht als Risikogruppe und Humankapital angesehen werden. Ihre Stärken und Interessen müssen anerkannt und unterstützt werden. Junge Menschen sind Expert*innen ihres eigenen Lebens. Sie wollen Europa heute und zukünftig mitgestalten.

2017 wurde zudem die Europäische Säule sozialer Rechte von Staats- und Regierungschef*innen in Göteborg verabschiedet, die Grundsätze und Rechte für ein soziales Europa festlegt. Auch wenn das unterzeichnete Dokument selbst keine rechtliche Wirkung entfaltet, ist es ein wichtiger symbolischer Impuls für Europa. Wir begrüßen die Verabschiedung der Europäischen Säule sozialer Rechte; fordern aber deutlich weitere sozialpolitische Initiativen, da gerade Jugendliche in Europa disproportional am meisten von der Krise betroffen waren. Die Säule bildet eine gute Grundlage für die Europäische Kommission, um nun ambitionierte sozialpolitische Initiativen vorzuschlagen.

2019 haben die Bürger*innen Europas mit der Wahl zum Europäischen Parlament die Gelegenheit zu einer weiteren wichtigen Weichenstellung für die Zukunft. Wir bereiten in diesem Zusammenhang einen Antrag an die Vollversammlung vor, der Anforderungen für ein soziales, nachhaltiges und mobiles Europa an die Europa-Abgeordneten und -Kandidat*innen stellt.

#myeurope gestalten

Wir werden als Akteur wahrgenommen, der seine Positionen zur EU-Jugendstrategie, zum Solidaritätskorps und zur Zukunft der EU-Förderprogramme einbringt. Gemeinsam mit Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen in der Arbeitsgruppe Europäische Jugendpolitik diskutieren wir Handlungsoptionen und politische Positionen für Vorstand und Hauptausschuss, um die vielfältigen europäischen Themen zu begleiten. In der Arbeitsgruppe laufen die Informationen über die unterschiedlichen Felder der europäischen Jugendpolitik zusammen. Der Hauptausschuss hat im Februar zehn neue Mitglieder für die nächsten zwei Jahre gewählt. Die erste Sitzung hat in der Vertretung des Europäischen Parlaments in Berlin stattgefunden und für November 2018 ist eine Klausurtagung in Brüssel geplant.

Ausgeweitet haben wir Kontakte zu den Vertretungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in Berlin, besonders im Hinblick auf die Europawahlen im Mai 2019. Die Vertretungen des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission in Berlin sind wichtige Partner bei der Berücksichtigung der Interessen von Jugendorganisationen bei der Planung der Ver-



anstaltungen der EU in Berlin. Wir bauen gezielt unsere Interessenvertretung auf der Basis einer Stakeholder-Analyse aus und vernetzen uns mit weiteren politischen Akteur*innen. Auf europäischer Ebene bleibt der Kontakt zum Europäischen Jugendforum sowie zu anderen nationalen Jugendringen mit seinem fachlichen Austausch unverzichtbarer Bestandteil der Arbeit. Mit der neugeschaffenen Referent*innenstelle für europäische Jugendpolitik in der Geschäftsstelle kam es auch zu einer größeren Präsenz in Brüssel. Wir bringen zusammen mit den in Brüssel vertretenen Mitgliedsorganisationen unseren Positionen in die EU-Institutionen ein. Anfang Juni 2018 waren wir mit einer Delegation von 20 Teilnehmenden beim dreitägigen European Youth Event #EYE2018 in Straßburg wieder aktiv dabei. Unser Vorstandsmitglied Christoph Röttgers diskutierte in einem Workshop mit dem Europa-Abgeordneten Tiemo Wölken darüber, wie verantwortungsvoll wir beim Lebensmittelkonsum sind.

Durch die Mitarbeit im Vorstand des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschlands (EBD) stehen wir im Kontakt mit 244 Organisationen, Verbänden und Strukturen, die sich mit Fragen der europäischen Politik auseinandersetzen. Durch die EBD können wir unsere Beschlüsse und Positionen breit streuen und in die jährlichen politischen Forderungen der EBD aufnehmen lassen. Tobias Köck wurde auf der Mitgliederversammlung 2018 als Vorstandsmitglied bestätigt und mit Linn Selle (ehemals JEF) wurde eine Präsidentin gewählt, die sich zukünftig vermehrt den jugendpolitischen Themen annehmen wird. Zudem wurden die politischen Forderungen 2018/2019 im Zuge der Konsultation um ein eigenständiges Jugendkapitel ergänzt.

Im Hinblick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 bereiten wir uns vor und bauen die dazugehörigen Kontakte in die Ministerien aus. Für den Erfolg der Ratspräsidentschaft wird die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, und mit Bezug auf die europäische Jugendpolitik, mit den Jugendverbänden entscheidend sein. Von November 2020 bis Mai 2021 wird Deutschland zudem den Vorsitz im Europarat übernehmen und die dritte Jugendarbeitskonferenz des Europarats veranstalten. Zur deren Vorbereitung sitzt Sebastian Vogt (Arbeitskreis der evangelischen Jugend in Deutschland) im jugendpolitischen Beirat und vertritt unsere Interessen in der Task Force Jugendarbeit.

INTERNATIONALE ARBEIT STÄRKEN

Wir sind in Sorge, weil populistische, nationalistische und menschenfeindliche Parteien und Positionen in Europa und weltweit an Einfluss gewinnen und die Regierungspolitiken prägen. Internationale Jugendarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Verständigung und ist ein Zeichen von zivilgesellschaftlichem Engagement. Direkte Begegnungen zwischen jungen Menschen sind ein unverzichtbares Fundament für ein friedliches Zusammenleben in Europa und weltweit. Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen für das Engagement von Jugendorganisationen im internationalen Jugendaustausch und in der grenzenlosen Zusammenarbeit.

Die Internationale Jugendarbeit trägt bei den Beteiligten zur eigenen Meinungsbildung und kritischen Auseinandersetzung bei. Gerade in Ländern, in denen zurzeit die politischen Rahmenbedingungen nicht mit unseren Werten und Grundlagen übereinstimmen, sind Kooperationen und der Austausch mit Akteur*innen der Zivilgesellschaft zu suchen und zu pflegen.

In einem Beschluss der Vollversammlung fordern wir die stärkere Einbeziehung von Jugendorganisationen in die Auswärtige Politik. Jugendorganisationen als außenpolitisch wirksame Akteure. Sie leisten einen wertvollen Beitrag beim Abbau von Ressentiments und beim Aufbau von Beziehungen für gegenseitige Verständigung. Die Gestaltung Auswärtiger Politik darf in Deutschland nicht von Wirtschaftsinteressen überlagert werden. Zivilgesellschaftliche Strukturen müssen verstärkt von der Bundesregierung einbezogen werden. Internationale Jugendarbeit kann dadurch auch die Außenpolitik der Bundesregierung konstruktiv begleiten. Gerade durch den internationalen Jugendaustausch wird ein gegenseitiges Verständnis für die unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Sichtweisen vermittelt und/oder eine pädagogisch begleitete Diskussionsbasis geschaffen.

Austausch in der Internationalen Jugendpolitik

Die Arbeitsgruppe Internationale Jugendpolitik ist eine wichtige Austauschplattform, in der die bilaterale Zusammenarbeit begleitet wird. Es werden Sitzungen von Lenkungsgruppen der Jugendwerke und Koordinierungsbüros vor- und nachbereitet. Fragen der internationalen Zusammenarbeit werden diskutiert: Förderung, Visa, Rahmenbedingungen für den Austausch und internationale Entwicklungen. Auf Bitte des Hauptausschusses entwickelte die Arbeitsgruppe Kriterien für die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern, die aktuell noch weiterentwickelt werden. Im März hat sich die AG schwerpunktmäßig mit der jugendpolitischen Situation in Nordafrika beschäftigt und damit einen Beschluss der Vollversammlung aufgegriffen. Mit Moritz Ader von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wurde über deren jugendpolitisches



Engagement in Tunesien, Marokko und Jordanien diskutiert. Dieses Engagement haben wir aktiv mit Fachvorträgen auf Konferenzen in den beteiligten Ländern unterstützt. Die Erfahrungen mit der jugendpolitischen Förderung im Rahmen der Transformationspartnerschaft des Auswärtigen Amts, zum Beispiel im Rahmen der Nordafrikakonferenz von IJAB, wurden mit der IJAB-Direktorin Marie-Luise Dreber ausgewertet. Die jugendpolitische Situation im Westbalkan und die anstehenden EU-Beitrittsverhandlungen mit Ländern des Westbalkans stand bei der gemeinsamen Sitzung mit der Arbeitsgruppe Europäische Jugendpolitik im Juni im Vordergrund. Gäste waren Dr. Christian Gayoso aus dem Referat Westlicher Balkan im Auswärtigen Amt und Dafina Peci, Generalsekretärin des Nationalen Jugendkongresses Albanien.

Afrikanische Länder

Die Wirkung der 2016 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Afrikanischen Union gegründeten Deutsch-Afrikanischen Jugendinitiative DAJ bleibt weiter sehr begrenzt. Der Schwerpunkt liegt auf Beratung für Austauschprojekte, eine Vernetzung unter dem Dach der DAJ findet nicht statt. Immerhin werden im Kontext der DAJ Unterstützungsangebote bei Visafragen angeboten. Die Förderleitlinie „weltwärts – Außerschulische Begegnungsprojekte im Kontext der Agenda 2030“ unterstützt bis zum Ende der Pilotphase 2019 den entwicklungspolitisch ausgerichteten außerschulischen Gruppenaustausch. Wir arbeiten in der begleitenden Referenzgruppe mit, die sich zuletzt mit Partnerschaftlichkeit im Austausch, Praxisbeispielen und konkreten Förderfragen beschäftigt hat. Bis März 2018 wurden 45 Austauschmaßnahmen, Begleitprojekte und Modellprojekte gefördert.

MENA-Region in Nordafrika

Wir unterstützen Initiativen, die eine stärkere Vernetzung von Jugendstrukturen mit Ländern der Transformationspartnerschaft des Auswärtigen Amts zum Ziel haben. Deswegen führten wir Gespräche mit anderen Trägern, mit der Fachstelle für internationale Jugendarbeit und dem Auswärtigen Amt. Wir begrüßen, dass die Mittel für die Transformationspartnerschaft zunächst bis 2020 bestehen bleiben. Das Auswärtige Amt will den Prozess der Netzwerkarbeit und die inhaltliche Arbeit im Jugendaustausch weiter fördern, jedoch reichen die bereitgestellten Mittel bei weitem nicht aus, um dem Austauschinteresse von Jugendorganisationen zu entsprechen.

Die OECD bat uns auf Empfehlung des Bundeskanzleramts und des Bundesministeriums des Inneren um fachliche Unterstützung des OECD-Projekts zur Stärkung des politischen Engagements Jugendlicher in der MENA Region (derzeit: Jordanien, Marokko und Tunesien). Wir waren bei Fachkonferenzen in Tunesien und Marokko vertreten und gaben Impulse zur Arbeit von Jugendringen und für den Auf- und Ausbau von Partizipationsangeboten. Das Projekt wurde Ende 2017 abgeschlossen. Wir sollen aber auch bei Folgeveranstaltungen eingebunden werden. Das ursprüngliche Ziel der Gründung von drei nationalen Jugendringen konnte im Projektzeitraum nicht erreicht werden.

Balkanregion

Mit dem Beschluss der Vollversammlung „Europa (er)leben: Solidarität mit der Jugend am Westbalkan“ [go.dbjr.de/2017westbalkan] haben wir deutlich gemacht, dass für uns die Zusammenarbeit mit Jugendstrukturen in der Region wichtig bleibt. Mit den Jugendringen in Albanien, Serbien und Mazedonien stehen wir in engem Kontakt. An unserer zurückliegenden Vollversammlung hat eine Delegation des Mazedonischen Jugendrings teilgenommen. Damit unterstützen wir auch die Vertretungsarbeit der

Jugendstrukturen im Regional Youth Cooperation Office of the Western Balkans RYCO, das im Herbst 2017 seine Arbeit aufgenommen hat. Der RYCO-Geschäftsführer präsentierte im Dezember 2017 in unserem Hauptausschuss die Arbeitsschwerpunkte und warb für einen engen Kontakt von Jugendstrukturen in Deutschland mit dem Westbalkan. Auch andere Arbeitsgremien griffen das Thema auf, zum Beispiel auf der gemeinsamen Sitzung der beiden Arbeitsgruppen „Internationale Jugendpolitik“ und „Europäische Jugendpolitik“ im Juni 2018. Gäste waren Dafina Peci vom Albanischen Jugendring und Dr. Christian Gayoso vom Auswärtigen Amt. Anschließend an die gemeinsame Sitzung führten wir ein Fachgespräch zur Situation in Albanien. Wir stehen in Kontakt zu verschiedenen parteinahen Stiftungen aus Deutschland, die den Albanischen Jugendring in seiner Arbeit unterstützen. Ziel bleibt, Jugendliche und Jugendorganisationen am Westbalkan in ihrem Engagement für eine friedliche Entwicklung zu unterstützen und ihnen auch in den anstehenden EU-Beitrittsverhandlungen eine europäische Perspektive für ihre Zukunft aufzuzeigen.

China

Seit 2006 gibt es die Vereinbarung zwischen dem BMFSFJ und dem Allchinesischen Jugendverband der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit im Bereich der Jugendhilfe. Derzeit gibt es Überlegungen der Mercator-Stiftung, mit einer Deutsch-Chinesischen Jugendbrücke eine neue Struktur für den Austausch zu schaffen. Wir sind der Meinung, dass die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit China auf der Grundlage des bisherigen Abkommens erfolgen sollte. Die Zusammenarbeit mit China hat außenpolitisch einen hohen Stellenwert, daher sollte sich das BMFSFJ zu dieser Verantwortung für das Engagement im Jugendbereich bekennen und sie nicht an eine Wirtschaftsstiftung abgeben. Industrienahe Stiftungen sind weder öffentliche noch freie Träger. Sie entsprechen nicht Trägern im Sinne des KJHG und fühlen sich auch bei der Besetzung von begleitenden Gremien dem KJHG nicht verpflichtet. Ihr Förderangebot orientiert sich weitgehend an privaten Interessen.

Frankreich

Regelmäßige bilaterale Treffen und Aktivitäten prägen die Zusammenarbeit mit dem Französischen Jugendrat CNAJEP. Gemeinsam werden auch die Sitzungen der Lenkungsorgane des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) vorbereitet, in denen beide Jugendringe mitarbeiten.

Im Juni 2018 hat in Paris die CNAJEP-Generalversammlung stattgefunden, in deren Rahmen das 50-jährige Jubiläum von CNAJEP gefeiert wurde. In einem Grußwort haben wir die langjährige Zusammenarbeit mit CNAJEP, auch im Rahmen des DFJW, und die zentrale Bedeutung unserer engen Beziehung zu CNAJEP für die Zukunft betont. Auf beiden Seiten besteht großes Interesse, die Rolle und Sichtbarkeit von Jugendorganisationen im deutsch-französischen Austausch zu erhöhen. Ihre langjährigen Erfahrungen in der europäischen Zusammenarbeit sollen stärker genutzt werden, zum Beispiel im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament. Wir planen gemeinsam ein Positionspapier zu Fragen der Europäischen Zusammenarbeit, die bei einer gemeinsamen Vorstandssitzung diskutiert werden sollen. Wegen der späten Berufung der Beiratsmitglieder in beiden Ländern konnte nicht wie sonst üblich eine gemeinsame Sitzung von CNAJEP und DBJR stattfinden. Daher fand im Vorfeld der Beiratssitzung nur ein kurzes Vorbereitungstreffen in Berlin statt, auf der neben DFJW-Angelegenheiten auch Fragen der Jugendpolitik in beiden Ländern angesprochen wurden. In enger Absprache mit den anderen Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen im Beirat wurde im Anschluss Iris Nodolny als unsere Vertreterin zur deutschen Co-Vorsitzenden des Beirats gewählt. Auf französischer Seite wurde als Co-Vorsitzender Emmanuel Suard als Vertreter von Arte gewählt. Die Mandatszeit beträgt drei Jahre.

Israel

Die Zusammenarbeit mit dem Israelischen Jugendring CYMI wird durch wechselseitige Fachkräftetreffen und Aktivitäten sowohl in Deutschland als auch in Israel gepflegt. Im Mittelpunkt stand die Vorbereitung und Durchführung des trilateralen Projekts zum 75. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto in Kooperation mit dem Polnischen Jugendring PROM [[→ Seite 30](#)]. Ziel des Seminars im Mai war der Austausch über die Rolle von Jugendorganisationen im Widerstand mit einem Bezug zur heutigen Zeit und Erkenntnissen vor allem für die Bildungsaktivitäten von Jugendorganisationen. Dabei gingen die Teilnehmenden auf ihre unterschiedlichen Narrative und ihre unterschiedlichen nationale Perspektiven im Kontext des Ghetto-Aufstands ein. Im September 2018 findet ein Delegationsbesuch in Berlin und Düsseldorf (in Kooperation mit dem Landesjugendring Nordrhein-Westfalen) statt, bei dem das trilaterale Seminar ausgewertet wird. Weiterhin werden wir uns mit den Planungen für ein Jugendwerk mit Israel beschäftigen.

Polen

Die Kooperation mit dem Polnischen Jugendring PROM verläuft weiterhin vertrauensvoll und intensiv. Das gilt sowohl bilateral als auch multilateral mit Israel und innerhalb der regionalen Kooperation BICC. Gemeinsam unterstützen PROM und wir den ukrainischen Jugendring NYCU in seinem Aufbau. Leider wirkt sich das Agieren der polnischen Regierung negativ auf die Jugendarbeit in Polen aus. Die Förderung von unabhängigen Jugendstrukturen wird weiter eingeschränkt. Für unseren Partner PROM haben die Veränderungen gravierende Auswirkungen auf die Anerkennung und Arbeitsfähigkeit. Deshalb werden wir weiter mit PROM eng zusammenarbeiten. Die Lenkungsorgane des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) sind auf polnischer Seite weitgehend mit Regierungsvertreter*innen besetzt. Dank gilt dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk, das unsere trilaterale Zusammenarbeit mit dem Israelischen Jugendring unterstützt und gefördert hat. Die Mittel des DPJW konnten für das Haushaltsjahr 2018 von deutscher Seite über das parlamentarische Verfahren um eine Million erhöht werden. Unsere Vorsitzenden hatten dafür im Rahmen eines Gesprächs im FSFJ-Ausschuss explizit geworben. Von polnischer Seite ist aktuell keine Mittelserhöhung zu erwarten.

Russland

Wir bedauern, dass es bei der Sitzung des Deutsch-Russischen Jugendrats Ende November 2017 nicht gelungen ist, das Protokoll zu unterzeichnen. Außerdem kritisieren wir die Haltung der Bundesregierung dafür, die Unterzeichnung von der Klärung einer außenpolitischen Frage abhängig zu machen, für die die Akteure im bilateralen Jugendaustausch keine Entscheidungskompetenz haben. Diese Haltung ist insbesondere nach der Durchführung eines „Deutsch-Russischen Jahres des Jugendaustausches 2016/2017“ kaum vermittelbar und hat direkte negative Folgen für die russischen Partnerorganisationen und die bilaterale Zusammenarbeit, die die Bundesregierung als eine ihrer Aufgaben nach Kräften unterstützen sollte.

Die anhaltenden Belastungen der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland wirken sich nicht auf die Kooperation mit dem Nationalen Kinder- und Jugendrat Russlands NYCR aus. Das spiegelt sich in zahlreichen Treffen auch am Rande jugendpolitischer Veranstaltungen. Vom 30. November bis 3. Dezember 2017 fand in Ryazan/Russland in Kooperation mit der Universität Ryazan das 15. Deutsch-Russische Jugendforum statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Diskussionen über die Zusammenarbeit von Russland und Deutschland und die jugendpolitische Zusammenarbeit zwischen beiden

Ländern. Die Teilnehmenden haben sich mit der jugendpolitischen Entwicklung in Russland, Fragen des deutsch-russischen Jugendaustauschs und der Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Ausweitung des deutsch-russischen Jugendaustauschs beschäftigt. Trotz Kontroversen bei politischen Einschätzungen gibt es das gemeinsame Interesse, den Jugendaustausch zwischen beiden Ländern auszubauen und Hemmnisse aus dem Weg zu räumen, beispielsweise bei der Visaerteilung. Im Rahmen des Forums wurden in den Arbeitsgruppen einige mögliche Projekte für 2018 entwickelt.

Das nächste gemeinsame Jugendforum wird erst 2019 in Deutschland stattfinden. Im 3. Quartal 2018 soll eine Sitzung des Vorstands der Jugendassoziation stattfinden, bei der bei politischen Entscheidungspersonen für den Austausch geworben und aktuelle Fragen der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland angesprochen werden sollen. Außerdem soll beraten werden, in welcher Form künftige Jugendforen durchgeführt werden, da es zuletzt in Ryazan unterschiedliche Erwartungen an das Programm gab. Während wir uns für mehr Zeit und für offene Diskussionen in den Arbeitsgruppen ausgesprochen haben, war auf russischer Seite die Erwartung vorhanden, nach kurzem Informationsaustausch direkt über mögliche Projekte zu beraten.

Tschechien

Wir stehen im engen Kontakt mit den beiden Tandem-Büros in Regensburg und Pilsen, die 2017 den 20. Jahrestag ihrer Gründung feierten. Begrüßt wurde von uns der Förderschwerpunkt für die Jahre 2017 bis 2019 „Transnationale Erinnerungsarbeit/politische Bildung“ unter dem Motto „Gemeinsam erinnern für eine gemeinsame Zukunft“. Mit unserem tschechischen Partner, dem Tschechischen Kinder- und Jugendring CRDM, kooperieren wir bei Aktivitäten des Strukturierten Dialogs, der Erinnerungsarbeit und in der regionalen BICC-Kooperation (Benelux Islands Central Cooperation, ehemals BBCplus). Nach dreijähriger Pause sind wir wieder in den Deutsch-Tschechischen Jugendrat berufen worden und können dort künftig wieder mit CRDM aktiv die Arbeit der beiden Tandem-Büros begleiten.

Türkei

Die Zukunft der jugendpolitischen Zusammenarbeit bleibt nach den Präsidenten- und Parlamentswahlen in der Türkei offen. Für Oktober 2018 ist eine Sitzung des Deutsch-Türkischen Fachausschusses geplant, nachdem sie im Oktober 2017 kurzfristig von türkischer Seite abgesagt wurde. Bedauerlich bleibt, dass das türkische Ministerium weitgehend auf die Berücksichtigung von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Fachausschuss verzichtet. Erfolgversprechend ist der Besuch einer Delegation des Netzwerks der unabhängigen Jugendorganisationen in der Türkei GOFOR auf unserer Vollversammlung 2017 verlaufen. Dort haben wir eine Einladung für einen Besuch in Deutschland ausgesprochen.

Ukraine

Die Unterstützung durch regionale Jugendstrukturen ist unverzichtbar für nationale Jugendringe, besonders wenn sie sich noch im Aufbauprozess befinden. Mit einem weiteren Projekt haben wir 2017 den vor drei Jahren gegründeten Ukrainischen Nationalen Jugendring NYCU erfolgreich bei der Gründung von Jugendringen in Regionen unterstützt, gefördert aus Mitteln der Östlichen Partnerschaft des Auswärtigen Amts. Eine Partnerbörse im Dezember in Berlin führte zu neuen Partnerschaften zwischen Jugendstrukturen aus beiden Ländern. Mittlerweile gibt es in 15 Regionen Zusammenschlüsse von Jugendorganisationen und Jugendinitiativen, auch dank der Beteiligung von einzelnen Landesjugendringen. Wir unter-

stützten den NYCU bei der Antragstellung im Europäischen Jugendforum auf Candidate Membership, bei der Beratung für die Übernahme der Eurodesk-Vertretung in der Ukraine und bei der Antragstellung für ein Nachfolgeprojekt zur Gründung von lokalen Jugendringen. Leider belasten zunehmend die fehlende Unterstützung durch die ukrainische Regierung und die politische Einflussnahme im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2019 die Jugendarbeit in der Ukraine.

Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit

Seit 55 Jahren arbeiten wir im Deutschen Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK) eng mit dem Ring Politischer Jugend (RPJ) und seit 2004 mit der Deutschen Sportjugend (dsj) zusammen. Die Ende 2016 verabschiedete neue Geschäftsordnung für das DNK hat sich bewährt. Sie ermöglicht es, dass wir unsere jugendpolitischen Positionen stärker im DNK und damit auch auf europäischer Ebene einbringen. Dadurch sollen weitere nachhaltige Arbeits- und Einflussprozesse ermöglicht werden. Im DNK-Vorstand wurden unsere Positionen zum Solidaritätskorps und zum Mehrjährigen Finanzrahmen verabschiedet. Die Mandatszeit des Sprecher*innen-Teams beträgt nun zwei Jahre. Seit 2014 stellen wir mit Tobias Köck den Sprecher im DNK, neu im DNK-Sprecher*innen-Team sind seit Dezember 2017 Kirsten Hasenpusch (dsj) und Jan Lichtwitz (Jusos).



Ein vierköpfiges Außenvertretungsteam, das in der Regel mit zwei DBJR-Vertreter*innen besetzt ist, unterstützt die Arbeit des DNK-Vorstands. Sowohl bei den Treffen der BICC-Kooperation (Benelux Islands Central Cooperation, ehemals BBCplus) als auch in den Sitzungen des Europäischen Jugendforums (YFJ) vertreten sie die Positionen des DNK. Die BICC-Kooperation besteht mittlerweile aus zwölf Jugendringen. Erfolgreich ist die Mitarbeit in den Arbeitsgremien des Europäischen Jugendforums. Mit Carina Autengruber von der Österreichischen Bundesjugendvertretung und Zuzana Vaněčková vom Tschechischen Kinder- und Jugendring kamen Ende 2016 zwei Vorstandsmitglieder des Europäischen Jugendforums aus den Reihen von BICC. In sieben Netzwerkgruppen und Expert*innen-Gruppen des YFJ haben Vertreter*innen des DNK mitgearbeitet; die meisten von ihnen wurden von unseren Mitgliedsorganisationen vorgeschlagen.

Der Europarat rückt wieder stärker ins Blickfeld des DNK nachdem Sebastian Vogt als DNK-Vertreter vom Europäischen Jugendforum in den Advisory Council on Youth des Europarats für die Arbeitsperiode 2018 bis 2019 gewählt worden ist. Dadurch bekommt das DNK tieferen Einblick in die Arbeitsprozesse des Europarats. Mit Sebastian Vogt können wir Positionen zu allen Aktivitäten des Jugendsektors im Europarat einbringen. Das gibt uns die Chance, jugendpolitische Weichen für den deutschen Vorsitz im Europarat (November 2020 bis Mai 2021) zu stellen. Wir führen Ende September 2018 einen Runden Tisch in Berlin durch, um mit Vertreter*innen des Europarats, Mitgliedern des Deutschen Bundestags in

der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der Bundesregierung über jugendpolitische Perspektiven und die Zukunft des Europarats ins Gespräch zu kommen. Wie wichtig die Diskussion über den Europarat ist, zeigt die Kürzung von etwa 15 Prozent seines Haushalts, da Russland vollständig und die Türkei teilweise die Zahlungen eingestellt haben. In einem gemeinsamen Schreiben mit dem Europäischen Jugendforum an den Deutschen Botschafter beim Europarat Gerhard Künztle haben wir uns dafür eingesetzt, dass der Jugendsektor (zum Beispiel die Arbeit der beiden Europäischen Jugendzentren in Straßburg und Budapest und die Aktivitäten der Europäischen Jugendstiftung) von den Kürzungen ausgenommen wird.

Das Interesse am Jugenddelegiertenprogramm zur UN-Generalversammlung ist unverändert hoch. Mit ihrem Engagement bekommen die beiden Delegierten – aus unseren Verbänden bis April 2018 Mio Kuschick (Bund Deutscher Pfadfinder*innen) – auch international große Aufmerksamkeit. Ende 2017 haben die Träger (DNK und Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen) die Abläufe im Auswahlverfahren optimiert und weiterentwickelt. Dieser Prozess soll für mehr Transparenz in der komplexen Programmstruktur sorgen und zu einer zeitlichen Entlastung beider Träger führen. In einem De-Briefing im Auswärtigen Amt haben die Jugenddelegierten im Februar 2018 unter anderem Bundestagsabgeordnete über die Ergebnisse ihrer New York-Aufenthalte und der Deutschland-Tour informiert und ihr Interesse für die Unterstützung des Programms gewonnen.

Großes Gewicht in der DNK-Arbeit hat die Zusammenarbeit mit den Jugendringen der Östlichen Partnerschaft der EU. Besonders in Zeiten der schwierigen politischen Lage in Osteuropa ist es für das DNK wichtig, seine Unterstützung gegenüber den nationalen Jugendringen in der Region zu zeigen. Mit ihnen bringen wir etwa Jugendinteressen und aktuelle Jugendthemen im Forum der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft ein. Das DNK arbeitet eng mit dem Nationalen Kinder- und Jugendring von Belarus RADA zusammen und unterstützt ihn im Rahmen einer Koalition zusammen mit anderen Jugendringen bei der Weiterentwicklung und Aktivitäten. Eine Delegation von RADA hat auch an unserer Vollversammlung im Oktober 2017 teilgenommen. Im Juni fand das Koalitionstreffen der Partnerjugendringe von RADA in Minsk statt. Dort wurde auch das 10-jährige Jubiläum der Koalition gefeiert. Derzeit beraten wir im DNK, wie RADA und der Ukrainische Jugendring stärker in die regionale Kooperation der BICC einbezogen werden können.

Auf Initiative des Schwedischen Jugendrings werden seit dem Frühjahr 2017 wieder regelmäßige Treffen der nationalen Jugendringe organisiert, um jugendpolitische Interessen in die unterschiedlichen staatlichen Institutionen und Gremien der Ostsee-Zusammenarbeit einbringen zu können. Leider gingen von den bisherigen Treffen keine Impulse für die Wiederbelebung eines Ostsee-Jugendforums aus. Das DNK steht dazu im engen Kontakt mit den beiden Landesjugendringen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.

Das DNK hat dem BMFSFJ zwei Teilnehmende für den nächsten G20-Jugendgipfel in Argentinien im Sommer 2018 vorgeschlagen. Das BMFSFJ hält es für sinnvoll, künftig stärker Jugendorganisationen in die Vertretung einzubeziehen und diese nicht einzelnen Initiativen zu überlassen, die im Themenfeld der Arbeit des BMJSFJ keine Anbindung haben. Wir begrüßen diese Entwicklung.

GUT AUFGESTELLT IN DIE ZUKUNFT GEHEN

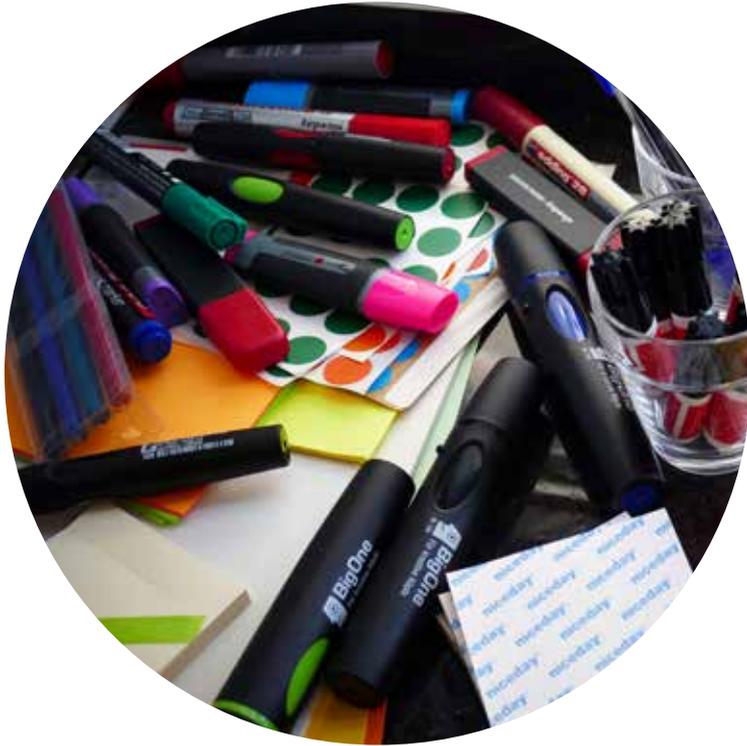
Wir wachsen als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände und Landesjugendringe in den letzten Jahren. Das verändert Aufgaben, Verantwortung und Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsorganisationen. Das verändert auch die Struktur der DBJR-Geschäftsstelle. Sie ist in den letzten Monaten personell gestärkt und neu strukturiert worden. Den drei thematisch arbeitenden Referaten – Grundlagen, Internationale und Europäische Jugendarbeit und Partizipation – stehen zwei beratende, unterstützende und operative Bereiche zur Seite: Finanzen und Kommunikation. Zeitlich befristete Projekte wie jugend.beteiligen.jetzt, U18 und Jugendgruppe erleben vervollständigen die Aufgaben der Geschäftsstelle.

Nach erfolgreichem Beenden des Projekts Jugendgruppe erleben im Juli gelang es uns, einen Großteil des Personals mit ihren Qualifikationen in der Geschäftsstelle zu halten. Carina Fischer unterstützt uns nun als neue Referentin im Bereich Kommunikation, Jennifer Beder verstärkt den Bereich Finanzen, Andrea Koß das Referat Jugendbeteiligung.

Durch den erneuten Personalwechsel zu Jahresbeginn im Bereich Finanzen war hier neben dem Projektabschluss von Jugendgruppe erleben auch eine weitere Aufarbeitung und Neustrukturierung von Prozessen notwendig, die mit Matthias Gawol als neuem Bereichsleiter auf einen guten Weg gebracht werden konnten.

Nachdem im Sommer auch Clara Wengert als unbefristete Geschäftsführerin durch den Hauptausschuss gewählt wurde, kann sich die Geschäftsstelle neuen thematischen und strukturellen Herausforderungen widmen.

Eine zentrale Aufgabe bleibt, Interessen junger Menschen zu vertreten. Sichtbarkeit und Profil haben wir deswegen mit einer verbesserten Internetpräsenz und Aktivitäten in sozialen Netzwerken gesteigert. Die konkrete Interessenvertretung gegenüber Parlamenten und Regierungen sowie im Bereich der Wissenschaft spiegelt sich in Gesprächen mit Minister*innen, der Bundeskanzlerin oder dem Bundespräsidenten. Gute Kontakte auf der Arbeitsebene in Bundesministerien, Bundeskanzleramt und zu den Parteien bestehen und werden ausgebaut. Mit Workshops, Fachtagen oder Barcamps sowie Gremien, Arbeitsgruppen und thematischen Netzwerken stärken wir die Kommunikation nach innen.



GREMIEN ARBEITSGRUPPEN VERTRETUNGEN

GREMIEN UND ARBEITSGRUPPEN

Im DBJR wirken Vertreter*innen aus Mitgliedsorganisationen in Arbeits- und Projektgruppen mit. Die Mitglieder werden durch den Hauptausschuss gewählt und berufen. Das gilt auch für die Stiftung Jugend macht Demokratie. Durch das Engagement des DBJR im Deutschen Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit ist der DBJR-Vorstand auch in internationalen Gremien aktiv.

ARBEITSGRUPPE EUROPÄISCHE JUGENDPOLITIK

Mitglieder: Karin Baresel (Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern), Tobias Behlau (Karnevalsjugend, bis Februar 2018), Olga Dryndova (djo-Deutsche Jugend in Europa), Doris Klingenhagen (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland/AGJ-Fachausschuss Europäische Kinder- und Jugend(hilfe)politik), Tobias Köck (DBJR-Vorstand/Solidaritätsjugend), Flannery Ryan (Deutsche Chorjugend, ab Februar 2018), Marius Schlageter (rdp, ab Februar 2018), Sandra Schlee (BdL, bis Februar 2018), Lea Sedlmayr (Bayerischer Jugendring), Vanessa-Marie See (dbb Jugend), Malte Steuber (Junge Europäische Föderalisten), Tobias Thiele (Naturfreundejugend, ab Februar 2018)

Weitere Mitglieder: Ann-Kathrin Fischer, Laura Gies, Jochen Rummenhüller (alle DBJR), kooptiert: Lena Simosek, Sebastian Vogt (DNK Außenvertreter*innen-Team), Astrid Weber (Bayerischer Jugendring)

ARBEITSGRUPPE INTERNATIONALE JUGENDPOLITIK

Mitglieder: Fabian Grundler (THW-Jugend), Alexandra Krause (Bund der Deutschen Landjugend), Elisabeth Lüdeking (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Oliver Mahn (Ringe deutscher Pfadfinderinnen- und Pfadfinderverbände), Iris Nadolny (Solidaritätsjugend Deutschland), Juliane Niklas (Bayerischer Jugendring/Mitglied im Deutsch-Russischen Jugendrat), Dirk Thesenvitz (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland), Theres du Vinage (djo-Deutsche Jugend in Europa) sowie Lisi Maier (DBJR-Vorstand/Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Hetav Tek (DBJR-Vorstand/djo-Deutsche Jugend in Europa) und Jochen Rummenhüller (DBJR)

Weitere kooptierte Mitglieder: Felix Beck (Mitglied des DFJW-Verwaltungsrats, bis 12/2017), Annette von Stockhausen (Deutsch-Israelischer Fachausschuss/Deutsch-Israelischer Koordinierungsrat), Ingo Henke (Mitglied des Kuratoriums der Stiftung DRJA), Simon Kröger (Mitglied im DFJW-Beirat, bis 12/2017), Tim Scholz (Deutsch-Polnisches Jugendwerk), Sabine Yildirim (stv. Mitglied Deutsch-Tschechischer Jugendrat, bis 6/2018), Christoph Röttgens (Deutsch-Tschechischer Jugendrat ab 7/2018), Daniel Steiger (stellv. Mitglied des DFJW-Beirats seit 6/2018 / Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Stefanie Rothermel (stellv. Mitglied des DFJW-Beirats seit 6/2018 / Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Barbara Bißbort (Mitglied des DFJW-Verwaltungsrats seit 6/2018 / Bund der Deutschen Landjugend).

ARBEITSGRUPPE FÖRDERMITTELBESCHAFFUNG UND –BEWIRTSCHAFTUNG

Mitglieder: Wolfgang Ehrenlechner (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Andreas Fricke (DGB-Jugend), Matthias Laurisch (Deutsche Bläserjugend), Stephanie Lindemann (THW-Jugend), Matthias Sammet (Bund der Deutschen Landjugend), Daniel Sauter (Jugend des Deutschen Alpenvereins), Tilmann Weickmann (Landesjugendring Berlin), Jacqueline Weil (Ring deutscher Pfadfinderverbände/Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände).

Alma Kleen (DBJR-Vorstand), Clara Wengert (DBJR-Geschäftsführerin)

KINDER- UND JUGENDPLANKOMMISSION

Mitglieder: Anne Borucki (Ring deutscher Pfadfinderverbände/Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände), Manuela Conte (DGB-Jugend), Haymo Dorn (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken), Wolfgang Ehrenlechner (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), , Matthias Sammet (Bund der Deutschen Landjugend), Ottokar Schulz (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland), Robert Werner (djo-Deutsche Jugend in Europa, Vorsitzender).

Matthias Gawol (DBJR-Referent Finanzen und Personal) , Lisi Maier und Tobias Köck (DBJR-Vorstand), Clara Wengert (DBJR-Geschäftsführerin)

STIFTUNG JUGEND MACHT DEMOKRATIE

Kuratorium | sachkundige Bürger*innen: Kathrin Moosdorf (Vorsitzende), Detlef Raabe, Mike Corsa

Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen: Marcel Päßler (Soli-Jugend, Vorsitzender), Matthias Sammet (Bund der Deutschen Landjugend), Jacqueline Weil (Ring deutscher Pfadfinderverbände/Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände)

Vertreterin des DBJR-Vorstands: Alma Kleen (DBJR-Vorstand)

Stiftungsvorstand: Tobias Köck (Vorsitzender), Lisi Maier (stv. Vorsitzende), Clara Wengert (Geschäftsführerin)

DNK-VORSTAND

Mitglieder: Tobias Köck (DBJR-Vorstand, DNK-Sprecher), Lisi Maier (DBJR-Vorstand), Hetav Tek (DBJR-Vorstand), Jannis Pfendtner (DBJR-Vorstand), Inga Groth (Ring Politischer Jugendorganisationen/Junge Union, stv. DNK-Sprecherin), Jan Lichtwitz (Ring Politischer Jugendorganisationen/Jusos, stv. DNK-Sprecher), Florian Sonntag (Ring Politischer Jugendorganisationen/Grüne Jugend), Kerstin Hasenpusch (Deutsche Sportjugend/stv. DNK-Sprecherin).

AUSSENVERTRETUNGEN

Der Hauptausschuss beauftragt laut Geschäftsordnung Vertreter*innen aus Mitgliedsorganisationen mit der Außenvertretung des DBJR im nationalen wie internationalen Bereich. Darüber hinaus ergeben sich Vertretungsaufgaben durch Mitgliedschaften oder Kooperationen des DBJR in und mit anderen Netzwerken oder Organisationen sowie durch die jugendpolitische Interessenvertretung des Vorstandes. Wir listen an dieser Stelle alle wesentlichen Vertretungen in alphabetischer Reihenfolge auf und beschreiben kurz die Aufgabe. Die Außenvertretungen berichten an die Gremien des DBJR.

AKADEMIE DER KULTURELLEN BILDUNG

Vertretung: Kerstin Guthmann (Bund Deutscher Pfadfinder*innen), Albert Fußmann (Bayerischer Jugendring), Günter Klarner (Naturfreundjugend Deutschlands)

Aufgabe: Die Akademie der kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW ist das zentrale Fortbildungsinstitut für Multiplikator*innen der kulturellen Jugendbildung der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Nordrhein-Westfalen. Träger der Akademie ist ein gemeinnütziger Verein, in dem die Praxisfelder der Kinder- und Jugendarbeit und der kulturellen Bildung sowie der ausbildenden Hochschulen vertreten sind. Die Akademie entwickelt und begleitet in Zusammenarbeit mit den Fortbildungsteilnehmer*innen eine Vielzahl von Praxisprojekten und ist selbst Träger von bundesweit und international wirksamen Modellprojekten und Initiativen, die neue Impulse setzen und fachliche Innovationen anregen.

BEIRAT DES BUNDES ZUR UMSETZUNG DER EU- JUGENDSTRATEGIE IN DEUTSCHLAND

Vertretung: Tobias Köck (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Der Beirat des Bundes zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland wurde 2010 vom BMFSFJ berufen und nimmt eine zentrale Rolle bei der Beratung und fachlichen Begleitung des Umsetzungsprozesses der EU-Jugendstrategie auf Bundesebene ein. Ihm gehören Vertreter*innen der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe, der Bundesländer und der kommunalen Spitzenverbände, der Wohlfahrtsverbände und der Jugendforschung an.

BERATERKREIS DER BUNDESREGIERUNG ZUR ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHTERSTATTUNG

Vertretung: Matthias Schröder (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat einen ständigen Beraterkreis mit Vertreter*innen der Länder, Kommunen, Verbände, Institutionen und der Betroffenenorganisationen berufen für den Bericht *Lebenslagen in Deutschland - Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*.

BUNDESJUGENDKURATORIUM (18. LEGISLATUR)

Vertretung: Lisi Maier (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Das Bundesjugendkuratorium ist ein Sachverständigengremium der Bundesregierung, dem 15 Expert*innen aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Wissenschaft angehören. Es berät die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe und in Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendpolitik. Das Bundesjugendkuratorium wird in jeder Legislatur neu besetzt und ist im SGB VIII verankert.

BUNDESAUSSCHUSS FÜR POLITISCHE BILDUNG

Vertretung: Melanie Ebell (Landesjugendring Brandenburg, bis 10/2018), Peter Bednarz (Landesjugendring NRW, ab 10/2018)

Aufgabe: Im Bundesausschuss für politische Bildung (bap) haben sich rund 30 bundesweit arbeitende Trägerverbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen ist es, sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren, die Einsicht in die Bedeutung dieses Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen.

BUNDESPRÜFSTELLE FÜR JUGENDGEFÄHRDENDE MEDIEN

Vertretung: Dr. Anna Grebe (Bund der Deutschen Katholischen Jugend); Stellvertretung: Kai Mungenast (Landesjugendring Baden-Württemberg)

Aufgabe: Das 12er-Gremium der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) trifft Grundsatzentscheidungen unter anderem darüber, ob bestimmte Medien die „Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit [...] gefährden“ (vgl. JuSchG, §§17-25) und daher in Indizierungslisten aufgenommen werden. Diese Medien dürfen dann Kindern und Jugendlichen nicht mehr zugänglich gemacht werden.

BUNDESNETZWERK BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Vertretung: Christian Weis (DBJR)

Aufgabe: Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist ein Zusammenschluss von ca. 250 Akteur*innen aus Bürgergesellschaft, Staat, Wirtschaft und Kommunen. Das übergeordnete Ziel des Netzwerks ist die nachhaltige Förderung von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen. Der DBJR ist „geborenes“ Mitglied des Koordinierungsausschusses (KOA).

DEUTSCHES JUGENDHERBERGSWERK

Vertretung: Wolfgang Walter (Deutsche Wanderjugend)

Aufgabe: Aus den Reihen der über 100 körperschaftlichen Mitglieder des Deutschen Jugendherbergswerks (DJH) hat die Mitgliederversammlung des Hauptverbandes 2010 insgesamt 17 Delegierte für fünf Jahre gewählt, darunter die Vertreterin und den Vertreter des DBJR. Sie setzen sich vor allem für die Interessen und Bedürfnisse der jugendlichen Nutzer*innen von Jugendherbergen ein.

DEUTSCHES JUGENDINSTITUT

Vertretung: Clara Wengert (DBJR)

Aufgabe: Das Deutsche Jugendinstitut e. V. (DJI) wurde auf Beschluss des Deutschen Bundestages gegründet. Es entstand 1963 aus dem Deutschen Jugendarchiv in München und dem Studienbüro für Jugendfragen in Bonn. Heute ist es bundesweit das größte außeruniversitäre sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut im Bereich Kinder, Jugendliche, Frauen und Familien. Über 140 wissenschaftliche Mitarbeitende untersuchen langfristig und systematisch die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Familien sowie darauf bezogene öffentliche Angebote zu ihrer Unterstützung und Förderung.

DEUTSCH-CHINESISCHE FACHGESPRÄCHE

Vertretung: Hetav Tek (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Ziel der Deutsch-Chinesischen Fachgespräche ist, sich über den Stand der Jugendpolitik, über Programme zur Jugendförderung sowie über die Arbeit der Jugendorganisationen des Partnerlandes zu informieren und gemeinsame Verabredungen zur Kooperation zu treffen. Grundlage der Gespräche ist die Vereinbarung zwischen dem BMFSFJ und dem Allchinesischem Jugendverband der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit im Bereich der Jugendhilfe aus dem Jahr 2006.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES JUGENDWERK (BEIRAT)

Vertretung: Iris Nadolny (Solidaritätsjugend Deutschlands), Stefanie Rothermel (stellv. Mitglied, Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Daniel Steiger (stellv. Mitglied, Bund der Deutschen Katholischen Jugend)

Aufgabe: Der Beirat berät die inhaltliche Orientierung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW), seine Schwerpunkte und Programme. Er ist neben dem Verwaltungsrat, der sich vor allem um den Haushalt, die Organisation und Personalfragen kümmert, das zentrale Gremium zur Gestaltung der Arbeit des DFJW. Der Berichterstatter ist in der laufenden Wahlperiode auf deutscher Seite Vorsitzender des Gremiums.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES JUGENDWERK (VERWALTUNGSRAT)

Vertretung: Barbara Bißbort (Bund der Deutschen Landjugend)

Aufgabe: An der Spitze des Jugendwerks steht seit 2006 der Verwaltungsrat, der sich aus 14 Mitgliedern zusammensetzt und in dem die für Jugendfragen zuständigen Minister beider Länder den Vorsitz haben. Mit Ausnahme der beiden Jugendvertreter*innen sind alle Mitglieder Vertreter*innen von Regierungen oder Regierungsfractionen. Seine Hauptaufgaben sind laut Abkommen die Festlegung der vorrangigen Maßnahmen des Jugendwerks, der Beschluss der Programme sowie des Haushaltsplans. Der Verwaltungsrat tritt in der Regel einmal jährlich zusammen, abwechselnd in Deutschland und Frankreich.

DEUTSCH-GRIECHISCHE DELEGATION ZUR UMSETZUNG UND ENTWICKLUNG DER JUGENDZUSAMMENARBEIT

Vertretung: Tobias Köck (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Die deutsch-griechische Delegation zur Umsetzung und Entwicklung der Jugendzusammenarbeit tagt einmal jährlich. Das Fachgremium hat die Aufgabe, sich über den Stand der Jugendpolitik, über Programme zur Jugendförderung und der Arbeit der Jugendorganisationen der jeweils anderen Vertragspartei zu informieren sowie gemeinsame Programme und Maßnahmen zu koordinieren.

DEUTSCH-ISRAELISCHER FACHAUSSCHUSS DEUTSCH-ISRAELISCHER KOORDINIERUNGSRAT

Vertretung: Annette von Stockhausen (Ring deutscher Pfadfinderverbände/Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände)

Aufgabe: Der Deutsch-Israelische Fachausschuss ist bilateral besetzt, berät Grundsatzfragen des Jugend- und Fachkräfteaustauschs und gibt Empfehlungen zu den zur Förderung vorgeschlagenen Begegnungen für das jeweils kommende Jahr ab. Der Koordinierungsrat für den Deutsch-Israelischen Jugendaustausch besteht aus den deutschen Mitgliedern des bilateralen Fachausschusses (BMFSFJ, DBJR, Deutsche Sportjugend, Länder, Kommunen, Deutsch-Israelische Gesellschaft) und einigen weiteren Vertreter*innen (Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Evangelische Akademie Wittenberg). Er begleitet die Arbeit des deutschen Koordinierungszentrums für den Deutsch-Israelischen Jugendaustausch ConAct, berät das BMFSFJ und arbeitet dem Fachausschuss zu.

DEUTSCH-POLNISCHES JUGENDWERK (JUGENDRAT)

Vertretung: Tim Scholz (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken)

Aufgabe: Der Deutsch-Polnische Jugendrat ist das oberste Organ des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes. Er beschließt den Haushalt, das Jahresprogramm und ebenso die Richtlinien des Jugendwerkes.

DEUTSCH-RUSSISCHER JUGENDRAT

Vertretung: Juliane Niklas (Bayerischer Jugendring)

Aufgabe: Die Vertretung der Interessen der Jugendverbände im Jugendrat, Information der Jugendverbände über Ergebnisse und Verlauf der Sitzung, Beratung der Jugendverbände zu organisatorischen und inhaltlichen Fragen, Vertretung der Interessen der Jugendverbände in der Kooperation mit dem BMFSFJ und der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch, Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Nationalen Kinder- und Jugendrat Russlands.

DEUTSCH-TSCHECHISCHER JUGENDRAT

Vertretung (stellvertretend): Sabine Yildirim (Naturfreundejugend Deutschlands)

Aufgabe: Der deutsch-tschechische Jugendrat begleitet die Tandem-Koordinierungszentren in Regensburg und Pilsen fachlich. Hier ist der Austausch über jeweils aktuelle jugendpolitische Entwicklungen der Länder verortet und es werden inhaltliche Schwerpunktsetzungen verabredet. Wir haben nur einen stellvertretenden Sitz.

DEUTSCH-TÜRKISCHER FACHAUSSCHUSS

Vertretung: Hetav Tek (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Der Ausschuss, von Deutschland und der Türkei paritätisch besetzt, ist Basis für die jugendpolitische Zusammenarbeit, informiert sich gegenseitig über die jugendpolitischen Ziele und trifft Vereinbarungen über die weitere bilaterale Zusammenarbeit.

FACHBEIRAT KOMPETENZZENTRUM JUGEND-CHECK (KOMJC)

Vertretung: Daniela Broda (DBJR-Vorstand), Alma Kleen (DBJR-Vorstand), Christian Weis (DBJR)

Aufgabe: Aufgabe des KomJC ist die Weiterentwicklung und Durchführung des Jugend-Checks. Das Kompetenzzentrum Jugend-Check wird begleitet und unterstützt durch einen Beirat aus jugendpolitischen und wissenschaftlichen Expert*innen. Der Beirat wird durch das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) als Projektträger berufen

FORUM GEGEN RASSISMUS

Vertretung: Sarah Gräf (djo-Deutsche Jugend in Europa)

Aufgabe: Das Forum gegen Rassismus wird vom Innenministerium koordiniert. Die Mitglieder sind vor allem Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen, die auf diesem Themengebiet tätig sind, häufig auch Interessenverbände betroffener Gruppen. Das Forum tagt zweimal im Jahr. Ergänzendes Gremium ist die geschäftsführende Arbeitsgruppe, die zweimal dazwischen tagt, Themen inhaltlich voranbringt und die Sitzungen vorbereitet.

FREIWILLIGE SELBSTKONTROLLE DER FILMWIRTSCHAFT

Vertretung: Herbert Münch (Arbeiter-Samariter-Jugend), Silvia Büthe (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland), Dr. Gabriele Weitzmann (Bayerischer Jugendring), Aytekin Celic (Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland), Dr. Anna Grebe, Daniel Poiger und Benedikt Schulz (alle Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Torsten Jahr und Theo Hoffmann (beide Bund Deutscher Pfadfinder*innen), Miriam Wolters (Deutsche Schreiberjugend Bundesverband), Antonia Goldhammer (djo-Deutsche Jugend in Europa), Wolfgang Knauer (Landesjugendring Rheinland-Pfalz), Uwe Sommer (Landesjugendring Schleswig-Holstein), Rüdiger Jahn (Ring deutscher Pfadfinderverbände) und Nathalie Löwe (Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken)

Aufgabe: Die Hauptaufgabe der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft besteht in der Prüfung der Altersfreigabe von Filmen, DVDs, Blu-rays und sonstiger Medienträger (Videokassetten, Trailer, Werbefilme), die in Deutschland zur öffentlichen Vorführung vorgesehen sind.

HAUS DER GESCHICHTE DER BRD

Vertretung: Dörte Hein (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken), Cem Özcan (Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland)

Aufgabe: Begleitung der Ausstellungsprojekte aus Sicht der im Arbeitskreis vertretenen gesellschaftlichen Gruppen.

IJAB - FACHSTELLE FÜR INTERNATIONALE JUGENDARBEIT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Vertretung: Hetav Tek (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: IJAB ist eine Fachstelle aller relevanten Akteure der internationalen Jugendarbeit, sowohl der freien als auch der öffentlichen Träger. Hinzu kommt die Trägerschaft für die Nationalagentur im EU-Programm Erasmus+, JUGEND IN AKTION sowie die Projektförderung für verschiedene Aufgaben des BMFSFJ.

JUGENDEDELEGIERTE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Vertretung: Johannes Wagner (Jugend des Deutschen Alpenvereins), Rebecca Freitag (BUNDjugend)

Aufgabe: Die Vertretung der Interessen deutscher Kinder und Jugendlicher im High Level Political Forum (HLPF) und im Agenda2030-Prozess. Dazu zählen die Beratung der deutschen Delegation in Jugendfragen, Gespräche mit Delegierten verschiedener Länder, Ländergruppen und anderen wichtigen Stakeholdern, die Zusammenarbeit und Positionsentwicklung mit anderen Jugendvertreter*innen in der „Major Group for Children and Youth“ (MGCY). Die Delegierten übernehmen zudem die Multiplikator*innen- und Referent*innenrolle für die Jugendverbände.

NATIONALE ARBEITSGRUPPE - STRUKTURIERTER DIALOG

Vertretung: Tobias Köck (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Die Nationale Arbeitsgruppe tagt dreimal pro Jahr unter dem Vorsitz des DBJR. Ihre Aufgabe ist, die Umsetzung des Strukturierten Dialogs hauptverantwortlich zu steuern und weiterzuentwickeln. Die Mitglieder sind unter anderem an der Gestaltung der Konsultationen beteiligt, diskutieren auftretende Probleme und überlegen, wie der Strukturierte Dialog verbessert werden könnte. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe spielen zudem eine wichtige Rolle, den Strukturierten Dialog in Deutschland in die Breite zu tragen.

NATIONALE ARMUTSKONFERENZ

Vertretung: Philipp Schweizer (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken)

Aufgabe: Die Nationale Armutskonferenz (NAK) ist eine einzigartige Kooperation zwischen Wohlfahrtsverbänden und Betroffenenorganisationen. Die Kooperation ermöglicht, das Thema Armut auf die politische Tagesordnung zu setzen. Dafür werden u.a. jährliche Fachtage genutzt. Insbesondere die Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen konnten in den letzten Jahren weiter ausgebaut werden.

NATIONALE PLATTFORM BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Vertretung: Tobias Thiel (Naturfreundejugend Deutschlands)

Aufgabe: Die Nationale Plattform steuert den Prozess der Umsetzung Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Im Fachforum Jugend/informelle Bildung wirkt der DBJR mit. Das Fachforum berät die Plattform, wie Bildung für Nachhaltige Entwicklung im außerschulischen Bereich umgesetzt werden kann.

NATIONALER BEIRAT FÜR DAS EU-AKTIONSPROGRAMM JUGEND IN AKTION

Vertretung: Doris Klingshagen (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland), Astrid Weber (Bayrischer Jugendring), Laura Gies (DBJR)

Aufgabe: Der Nationale Beirat berät die Nationalagentur Jugend für Europa (JfE) bei der Umsetzung des Programms in fachlicher und jugendpolitischer Sicht mit dem besonderen Fokus auf inhaltliche Schwerpunkte, Rahmenbedingungen des Förderverfahrens, Auswirkungen auf die nationalen Strukturen sowie die Weiterentwicklung des Programms.

NATIONALER BEGLEITAUSSCHUSS ERASMUS+

Vertretung: Laura Gies (DBJR)

Aufgabe: Im nationalen Begleitausschuss sind alle für das Erasmus+-Programm zuständigen Bundesministerien, die Kultusministerkonferenz sowie die vier Nationalagenturen für die einzelnen Erasmus+-Programme und andere Sozialpartner vertreten. Er beobachtet die Entwicklungen im Programm Erasmus+.

NETZWERK EUROPÄISCHE BEWEGUNG DEUTSCHLAND

Vertretung: Tobias Köck (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Mit ihren 238 Mitgliedsorganisationen bildet die *Europäische Bewegung Deutschland (EBD)* das größte europapolitische Netzwerk in Deutschland. Es ist der überparteiliche Zusammenschluss der Interessengruppen im Bereich der Europapolitik. Es organisiert und intensiviert die Europakommunikation und europäische Vorausschau im Dialog mit EU-Akteuren auf nationaler und europäischer Ebene.

NETZWERK INTERKULTURELLER JUGENDVERBANDSARBEIT UND -FORSCHUNG

Vertretung: Christian Weis (DBJR)

Aufgabe: Austausch über die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund in die Kinder- und Jugendverbände und von MJSO in die Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit. Bestandteil des Netzwerks ist auch die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis im Feld der interkulturellen Öffnung. Die Steuerung des Netzwerkes erfolgt durch IDA e.V., DBJR, dsj und eine*n Vertreter*in der Wissenschaft.

PLANUNGSSTAB HANDELN FÜR EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT

Vertretung: Tobias Köck (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Der Planungsstab ist der Ort, an dem sich die Gestaltungspartner der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ austauschen und vernetzen. Darüber hinaus berät und unterstützt er die Koordinierungsstelle Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft.

STIFTUNG FÜR DIE INTERNATIONALE JUGENDBEGEGNUNGSSTÄTTE IN OŚWIĘCIM

Vertretung: Matthias Schröder (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Der Rat der Stiftung für die internationale Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz berät über das Programm und die Aktivitäten der Stiftung. Die Stiftung übernimmt eine Bildungs- und Erziehungsfunktion für Jugendliche und Erwachsene aus verschiedenen Teilen der Welt - insbesondere für polnische und deutsche Jugendliche - im Rahmen der Arbeit der Begegnungsstätte in Oświęcim und auf Grundlage der Geschichte des Konzentrationslagers Auschwitz.

STIFTUNG DEUTSCHE JUGENDMARKE

Vertretung: Clara Wengert (DBJR)

Aufgabe: Die Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. hat die Aufgabe, die Zuschlag-Erlöse der jährlich vom Bundesminister für Finanzen herausgegebenen Sonderwertzeichen *Für die Jugend* zu verwalten. Satzungsgemäß werden mit diesen Mitteln Maßnahmen zum Wohle junger Menschen in Deutschland gefördert. Die Geschäftsführung des DBJR ist qua Amt eines der acht satzungsgemäßen Mitglieder der Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. und damit an den Entscheidungen über Anträge und an dem Verfügen von Förderungen beteiligt.

STIFTUNG DEUTSCH-RUSSISCHER JUGENDAUSTAUSCH (KURATORIUM)

Vertretung: Ingo Henke (THW-Jugend)

Aufgabe: Die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch wurde im Februar 2006 in öffentlich-privater Partnerschaft gegründet. Gesellschafter der Stiftung sind das BMFSFJ, die Freie und Hansestadt Hamburg, die Robert Bosch Stiftung GmbH und der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Sie hat das Ziel, die deutsch-russische Jugend- und Schüler*innen-Zusammenarbeit zu erweitern und ihr neue Impulse zu verleihen. Das Kuratorium gibt der Stiftung entsprechende Empfehlungen.

STIFTUNG WEST-ÖSTLICHE BEGEGNUNG

Vertretung: Jochen Rummenhüller (DBJR)

Aufgabe: Der Zweck der Stiftung ist die Förderung der Völkerverständigung und des Friedens durch Vertiefung und Ausweitung von nachbarschaftlichen Beziehungen und Kontakten zwischen Menschen aus Deutschland und jenen in den jetzt unabhängigen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Die Stiftung West-Östliche Begegnungen unterstützt zukunftsgerichtete Begegnungsprojekte mit diesen Ländern.

MITGLIEDERGRUPPE BUNDESZENTRALE JUGENDVERBÄNDE UND LANDESJUGENDRING IN DER AGJ

Von den rund 100 Mitgliedern der AGJ gehören 35 zur Mitgliedergruppe bundeszentrale Jugendverbände und Landesjugendringe. Der DBJR, der selber nicht Mitglied der AGJ ist, nimmt die Federführung der Gruppe wahr und unterstützt ihre Vertreter_innen in den sechs Fachausschüssen der AGJ sowie im AGJ-Vorstand und im Geschäftsführenden Vorstand der AGJ. Diese Mitglieder/Vertreter*innen sind mit Stand 01.09.2018:

Stellvertretender Vorsitzender der AGJ: Björn Bertram (Landesjugendring Niedersachsen)

Delegierte im AGJ-Vorstand: Yvonne Everhartz (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Rebekka Kemmler-Müller (Deutsche Sportjugend), Dr. Gabriele Weitzmann (Bayerischer Jugendring).

*AGJ-Vorstand: Abwesenheitsvertreter*innen sind:* Mike Corsa (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland), Dr. Jaana Eichhorn (Deutsche Sportjugend), Reiner Jäckel (Hessischer Jugendring)

*Vertreter*innen im Fachausschuss I (Organisations-, Finanzierungs- und Rechtsfragen):* Dr. Gabriele Weitzmann (Bayerischer Jugendring), Christian Weis (DBJR)

*Vertreter*innen im Fachausschuss II (Kinder- und Jugend(hilfe)politik in Europa):* Lea Sedlmayr (Bayerischer Jugendring), N.N.

*Vertreter*innen im Fachausschuss III (Qualifizierung, Forschung, Fachkräfte):* Albert Fussmann (Bayerischer Jugendring)

*Vertreter*innen im Fachausschuss IV (Kindheit, Kinderrechte, Familienpolitik):* Sabine Troitzsch (Sozialistische Jugend Deutschlands -Die Falken), Erika Georg-Monney (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland)

*Vertreter*innen im Fachausschuss V (Jugend, Bildung, Jugendpolitik):* Sarah Primus (Landesjugendring Nordrhein-Westfalen), Hanno Krüger (Deutsche Sportjugend), Reiner Baur (Landesjugendring Baden-Württemberg)

*Vertreter*innen im Fachausschuss VI (Hilfen zur Erziehung, Familienunterstützende und Sozialpädagogische Dienste):* Enno Hermans (Bund der Deutschen Katholischen Jugend)

Geschäftsführung

Clara Wengert, Geschäftsführerin
Andrea Köhler, Büroleiterin

Bereich Finanzen und Personal

Matthias Gawol, Referent
Jennifer Beder, Mitarbeiterin
Katrin Hartwig, Mitarbeiterin

Bereich für Medien und Kommunikation

Michael Scholl, Referent
Carina Fischer, Referentin

Referat für nationale Jugendpolitik/Grundlagenarbeit

Christian Weis, Referatsleiter
Ludwig Weigel, Referent
Jana Kind, Mitarbeiterin
Claudia Krohn, Mitarbeiterin

Referat für internationale Jugendpolitik

Jochen Rummenhüller, Referatsleiter
Laura Gies, Referentin
Viktoriya Traut, Mitarbeiterin (DNK)

Referat für Jugendbeteiligung · Werkstatt MitWirkung

Ann-Kathrin Fischer, Projektleiterin
Jasmin-Marei Christen, Projektleiterin
Katharina Dorn, Projektreferentin
Clara Leiva Burger, Projektreferentin
Andrea Koß, Projektmitarbeiterin

Projekt U18-Bundestagswahl

Anne Bergfeld, Projektreferentin

jugend.beteiligen.jetzt – für die Praxis digitaler Partizipation

Tim Schrock, Projektkoordinator



Deutscher Bundesjugendring
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
030. 400 40 400
info@dbjr.de
www.dbjr.de